Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Bezugspreis in der Stadt frei Haus monatlich Mk. 5,—, für Abholer Mk. 4.90. durch auswärtige Boten 5,50 Mk. monatlich; bei Postbezug monatl. Mk. 6.— frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 25 Pfg. Postscheck-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 7gesp. Millim. Satzraum 30 Pfg. und der 3gesp. Millim. Reklameraum Mk. 1,—. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Zifferngebühr 50 Pfg., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet

Nr. 35. Freitag, den 11. Februar 1921 161. Jahrgang.

Betrifft: Ausscheiden der Stadt Merseburg aus dem Kreise.

Innenminister drahtet:

„Auf Grund § 4 Absatz 1 und 2 Kreisordnung erkläre ich Stadt Merseburg vom 15. Februar 1921 ab für ausgeschieden aus Landkreis Merseburg. Von diesem Tage ab bildet Stadt Merseburg für sich einen Stadtkreis. Anläßlich dieses Ausscheidens wünscht der alte Landkreis dem jungen Stadtkreis das Beste für alle Zukunft.

Merseburg, den 11. Februar 1921.

Namens des Kreisausschusses.
Dr. Lehnsdorf.
Kommissarischer Landrat.

Tageschronik

Die deutschen Sachverständigen über unsere Zahlungsunfähigkeit.

Die französische Kammer mit den Pariser Beschlüssen unzufrieden.

Foch und Degoutte bereiten im besetzten Gebiet den Einmarsch vor.

36 Milliarden Besatzungskosten in zwei Jahren!

Das deutsche Kohlenmemorandum von der Wiedergutmachungskommission abgelehnt.

Deutschland fordert grundsätzliche Neuregelung der Kohlenfrage.

Kriegsgefahr zwischen England und Amerika?

1½ Milliarden Reichsvorschüsse für Wohnungsbauten.

Verzicht der Bergarbeiterunion auf die Betriebsräte.

Vor der Londoner Konferenz.

Diktat oder Verhandlung?

Zu der lebhaft erörterten Frage, ob unseren nach London gehenden Vertretern Verhandlungsfreiheit zugestanden wird, verlautet neuerdings folgendes:

In der letzten Note der Reichsregierung wurde klar ausgedrückt, daß wir nur unter der Voraussetzung zur Londoner Konferenz gehen, daß man unsere Gegenvorschläge zur Diskussion stellt und sich nicht allein auf die Pariser Thesen versteift. Da die Alliierten also über unsere Bedingungen nicht im Zweifel gelassen wurden, bedarf es einer zustimmenden Antwort nicht. Vor allem wird angenommen, daß die Alliierten schon durch die bloße Kenntnisnahme unserer Note über unsere Bedingungen für die Londoner Zusammenkunft unterrichtet sind.

In der hier angezogenen, vom Reichsminister Dr. Simons unterzeichneten deutschen Antwortnote vom 9. Februar auf die vom 8. Februar datierte Einladungsnote des britischen Botschafters Lord d'Abernon heißt es nach kurzer Empfangsbestätigung:

„Unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen der Konferenz sich auch auf die noch zu übermittelnden Vorschläge der deutschen Regierung erstrecken werden, erklärt sich die deutsche Regierung bereit, bevollmächtigte Delegierte und sachverständige Berater, deren Namen sobald wie möglich angegeben werden sollen, zu der Konferenz zu entsenden."

Minister Simons will Lloyd George antworten.

Außenminister Dr. Simons fährt am Sonnabend nach Stuttgart, wo er am Sonntag in einer öffentlichen Rede auf die bekannten Ausführungen Lloyd Georges erwidern wird. Später besucht der Minister andere süddeutsche Handelsstädte.

Vorbereitungen für den Einmarsch.

Die Preßinformation erfährt: Es bestätigt sich, daß der Marschall Foch und der französische Kommandant der Rheinarmee Degoutte im besetzten Gebiet militärische Vorbereitungen für eine Ausdehnung der Besetzung treffen. An alle höheren Offiziere des Besatzungsheeres ergingen bestimmte Instruktionen für den Fall eines Einmarsches in rechtsrheinisches Gebiet.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Argumente unserer Sachverständigen.

Ueber das Ergebnis der gestrigen Konferenz der Sachverständigen mit dem Reichskabinett erfahren die „Leipz. N. N." folgende Einzelheiten: Wir müssen uns endlich klar sein, daß es verfehlt wäre, auf fremde Hilfe im aufgezwungenen Kampf um unsere wirtschaftliche Existenz zu rechnen, daß vielmehr sachliche Angaben über unsere Zahlungsfähigkeit unsere schärfsten Waffen sind. Durch sie der Welt die Undurchführbarkeit der Pariser Beschlüsse klarzumachen, ist die Hauptaufgabe unserer Londoner Delegierten. Im Jahre 1913 betrug die deutsche Einfuhr rund 8 Milliarden, die Ausfuhr 5 Milliarden, so daß wir ein Passivum von 3 Milliarden hatten, das jedoch Einnahmen aus unseren Guthaben im Ausland, der Tätigkeit unserer Handelsflotte, den Kolonien usw. wettmachten und uns sogar noch etwa 1 Milliarde Ueberschuß einbrachten.

Frankreich legt seiner Berechnung die Bilanz von 1913 zugrunde, läßt aber vollständig außer Betracht, daß wir weder unsere Handelsflotte, noch die Kolonien, noch unsere ausländischen Guthaben besitzen, mithin das Passivum nicht irgendwie ausgleichen können.

Für 1920 müssen wir mit einem Riesendefizit von weit über 3 Milliarden Goldmark rechnen. Wir können erst daran denken, unser Passivum zu beseitigen, wenn Ein- und Ausfuhr etwa 6 Milliarden Goldmark betragen, d. h. unsere Ausfuhr verdoppelt wird. Eine solche **Ueberschwemmung Europas und Amerikas mit deutschen Waren** müßte aber zu einer **Weltkrisis** führen, die sich bereits durch gewaltig steigende **Arbeitslosigkeit und Stillegung großer Betriebe** ankündigt. Hierzu kommt noch erschwerend die **12-prozentige Ausfuhrsteuer.** Wollen wir also die Annuitäten und die 12proz. Abgabe erlegen, so müßten wir unsere Ausfuhr auf etwa 14 Milliarden Goldmark steigern, also auf etwa das dreifache der jetzigen Leistung. Hier beginnt der Wahnsinnsreigen der Milliarden ins Unermeßliche zu steigen.

* * *

Die Steuerlasten in Deutschland und Frankreich.

Entgegen der täglich wiederkehrenden Behauptung der französischen Presse, in Frankreich würden viel mehr Steuern bezahlt als in Deutschland, interessiert eine Statistik, wonach die jährliche steuerliche Gesamtbelastung in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 753.37 M, in Frankreich dagegen nach der Denkschrift des Völkerbundes nur 416,83 Frank beträgt. Die Denkschrift nimmt das Durchschnittseinkommen in Deutschland mit 3900 M, in Frankreich mit 3200 Frank an. Der deutsche Bürger muß also 20 Prozent seines Durchschnittseinkommens an den Staat abführen, der Franzose aber nur 13 Prozent. Danach ist die Steuerbelastung in Deutschland sehr viel schwerer als in Frankreich, besonders, wenn man berücksichtigt, daß kleinere Einkommen viel weniger abgabefähig sind als größere.

Der „Temps" äußert, welche Maßnahmen auch immer ergriffen würden, Frankreich sei wirtschaftlich ruiniert. „Sollte es wirklich so sein, so gibt es für uns nur einen Weg: Wir müssen uns so schnell als möglich auf Deutschland werfen, Pfänder ergreifen und es zwingen, unter unerbittlicher Kontrolle so lange zu arbeiten, bis es vollkommen seine Schulden bezahlt hat."

36 Milliarden Besatzungskosten.

Laut „Daily Mail" betragen die den Alliierten vom Waffenstillstand bis Ende September 1920 erwachsenen Besatzungskosten 35,9 Milliarden Papiermark. Diese Summe entspricht den der deutschen Regierung bereits bekannten Zahlen. Ihre ungeheuerliche Höhe rührt daher, daß die Zahl der Besatzungstruppen doppelt so hoch ist, als im Versailles in Aussicht gestellt wurde und die Erfordernisse einer friedlichen Besetzung weit überschreitet.

* * *

Immer noch die bayrische Entwaffnungsfrage.

Berlin, 10. Febr. (Eig. Drahtber.) Hier liegen heute widersprechende Nachrichten über die Haltung Bayerns vor. Bei den zuständigen Stellen traf noch keine Eingabe Bayerns ein, man weiß auch nicht, ob der angebliche Beschluß des bayrischen Kabinetts, sich den von der Reichs-

Unsere Zukunft!

Wollen wir unsere wirtschaftliche Lage überblicken, so muß dieses von zwei Hauptgesichtspunkten aus geschehen.

Einmal handelt es sich um die Einschätzung der wirtschaftlichen Kräfte, die aus uns heraus wirtschaftliche Werte erzeugen, und zweitens, was tun die Feinde, um einen friedlichen Entwicklungsgang zu verhindern?

Was die erste Frage anlangt, so dürfen wir sagen: wir sind auf gutem Wege. Von dem Augenblicke an, seit sich die Akkordarbeit durchsetzte, begannen die Betriebe sich zu befrieden, die politische Streikwut schwand, dem extremen Radikalismus wurde praktisch das Heft aus den Händen genommen. Zu Ultimo 1920 durften wir aufatmend sagen: Es wird wieder gearbeitet in Deutschland. Wo der Achtstundentag wie vielerorts nicht reichen wollte, da wurden Ueberstunden gemacht oder in zwei, ja drei Schichten gearbeitet und durchweg mit guter Miene seitens der Arbeitenden.

Der Beschäftigungsgrad war natürlich nicht überall stabil, es kamen in einzelnen Industrien hier und da Rückschläge; aber in Summa ließ sich doch ein Aufsteigen der Kurve wirtschaftlichen Gedeihens deutlich erkennen; langsam, langsam schienen die furchtbaren Wunden des Krieges von innen heraus zu heilen. Einen günstigen Umstand bildete die Tatsache, daß unsere Armut und der schlechte Stand unserer Währung es uns unmöglich machte, weder größere Posten Rohstoffe aufzulegen, noch eigene Fabrikate für Lager anzufertigen. Wir hatten also fast durchweg für unsere Erzeugnisse feste Abnehmer, und die Weltmarktskrise hauptsächlich auf dem Rohstoffmarkt, die nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch (Wolle, Baumwolle) in Frankreich und England verheerend wirkte, ging an uns gnädig vorüber.

Sehen wir also, daß uns bei ungestörter Entwicklung ganz zweifellos gute Aufstiegsmöglichkeiten von innen heraus gegeben sind, so müssen wir andererseits wahrnehmen, wie der Feind sich anschickt, das Werk des Aufbaues in den Fundamenten zu zerstören. Daß die Feinde 226 Milliarden Goldmark oder 2¼ Billiarden Papiermark und ein Achtel unserer gesamten Ausfuhrwerte auch bei denkbar bestem Willen auf unserer Seite nicht erhalten können, ist eine geradezu lächerliche Selbstverständlichkeit. Fordert es die Entente dennoch, so soll damit entweder ein Räubergeist demagogischster Art maskiert werden, oder man sagt sich drüben ganz nüchtern, daß man von Deutschland nicht 226 Milliarden fordert, sondern nichts mehr und nichts weniger als Deutschlands wirtschaftlichen Untergang.

Das klingt brutal, scheint aber wenigstens die Logik der höheren Gewalt für sich zu haben. Das stimmt aber nur hinsichtlich der Franzosen, deren wirtschaftlicher Sterilität und Trägheit wir durch unseren Fleiß den Anschein von Produktivität geben sollen. Der tüchtige englische Kaufmann, sofern er es jetzt noch nicht weiß, wird bald erfahren, daß er mit einem Deutschland in Sklavenketten keine gesunden Geschäfte machen kann. Wie sehr er gerade hierzu in letzter Zeit bereit war, beweisen die gewaltigen Rohstoffkredite, die man unseren Industriellen anbot.

Es scheint nun aber, daß gerade diese günstige Entwicklung mancher unserer Industrien die Franzosen maßlos aufgereizt hat, daß z. B. die durch die Weltkrise halbstrangulierten Wollimporteure von Verviers, Roubaix, Turcoing usw. in Paris einen Heidenspektakel geschlagen haben, den die nationalistischen Deputierten mit Wonne aufnahmen und weiter gaben. Möglich auch, daß englische Leidtragende in Manchester, Liverpool und London in der ersten Wut sich zu einem ähnlichen Spiel hinreißen ließen, dessen Auswirkung die englischen Kaufleute letzten Endes nur schädigt.

Die innere Unmöglichkeit der Milliardenerpressung läßt sich aber auch positiv beweisen.

Nach dem Diktat würde Deutschland 1923 aufzubringen haben 30 Milliarden Papiermark Kriegsentschädigung, 15 bis 20 Milliarden für Regerdiners, die laufenden Ausgaben zirka 60 Milliarden, Amortisation der Schulden 10 Milliarden, ein Achtel des Ausfuhrwertes für die Entente 3 Milliarden, zusammen rund 120 Milliarden Mark oder pro Kopf der Bevölkerung, Säuglinge eingeschlossen, 2000 M.

Der einfachste wallonische Dorfschulmeister kann sich die Unmöglichkeit dieses Exempels leicht herausrechnen. Nehmen wir aber einmal den absurden Fall an, es wäre doch möglich, Deutschland könnte das alles bezahlen und doch weiterexistieren, so müßte jedes Dorf in Hinterpommern und Ostelbien zur Fabrikstadt werden, deren Schlote 42 Jahre für die fleißigen, faulen Franzosen arbeiteten. Aber dann nach 42 Jahren, wenn wir laut Schein frei sind und alle Arbeit für uns fällt, was soll dann aus Frankreich werden?

Man sieht, selbst wenn es ginge, geht es nicht und darum sagen wir schon lieber gleich „Nein". Was die Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210211-16/fragment/page=0001

fuhrsteuer anbelangt, so bleibt ja ohnehin abzuwarten was der amerikanische Kaufmann und mit ihm Washington zu dieser Verteuerung der Waren und der Absperrung von notwendigen Bezugs- und Absatzmärkten sagt.

---

regierung verfassungsgemäß zu verfügenden Anordnungen zu unterwerfen, den Tatsachen entspricht. Forstrat Escherich weilt seit Mittwoch in Berlin, soll aber zu offiziellen Besprechungen nicht herangezogen worden sein. Die Reise Dr. Simons' nach Stuttgart steht nicht mit der bayrischen Entwaffnungsfrage im Zusammenhang.

Die französische Kammer noch nicht zufrieden.

Wie schon kurz gemeldet endete die vorgestrige Pariser Kammersitzung mit einem mit 363 gegen 115 Stimmen angenommenen Vertrauensvotum für Briand. Auffallend ist die große Zahl der Stimmenenthaltungen. Die ganze Debatte bewies jedenfalls, daß der Kammer die Pariser Beschlüsse nicht genügen. Sämtliche Redner forderten Briand auf, in London weitere Verbesserungen für Frankreich zu erzielen.

Neue Deutschenhetze in England.

Die Tonart der englischen Presse gegen Deutschland verschärft sich von Stunde zu Stunde. Deutschland wird wieder als ein aufgeregtes „Hunnenland" hingestellt. In einem besonders aufreizenden Artikel des „Daily Chronicle" schildert dessen Berliner Vertreter ausführlich das Auftreten der monarchistischen Bewegung in Deutschland und seine Eindrücke aus Wahlversammlungen der Rechtsparteien. Gegen dieses unsinnige Treiben der Entente-Journalisten in Berlin wendet sich bisher nur der Bund zur Bekämpfung der Hungersnot in Europa.

Grundsätzliche Neuregelung der Kohlenfrage?

Eine neue deutsche Note.

In einer am 7. Februar von der deutschen Kriegslastenkommission der Reparationskommission übergebenen Note über die deutschen Kohlenlieferungen wird betont, daß nach den bisherigen Erfahrungen und der erheblichen Verschärfung des Februarprogramms auf dessen Durchführung nicht zu rechnen sei. Unter Hinweis auf die deutsche Denkschrift vom 29. Januar wird erneut erklärt, daß die Kohlenlieferungsfrage aufgrund des Friedensvertrages hinsichtlich der Mengen, des Preises und der Transportwege einer grundsätzlichen Neuregelung bedarf. Deutschland möchte die Lieferungen so regeln, daß Meinungsverschiedenheiten möglichst ausgeschlossen sind und etwaige Streitfragen geregelt erledigt werden. Zurzeit werden ständig über die Lieferungsmöglichkeit hinausgehende Mengen verlangt, weshalb Deutschland auch nicht für Ausfälle verantwortlich gemacht werden kann. Auch qualitativ werden immer höhere Anforderungen gestellt. Auch in der Preisfrage besteht keine Einigkeit. Nicht einmal die aufgrund des Waffenstillstandes im Austausch gegen Minette an Frankreich gemachten Lieferungen wurden abgerechnet. Die Transportfrage bedarf baldiger Klärung. Der Kohlenbezug über deutsche Seehäfen würde die Lieferungen wesentlich erleichtern und erhöhen. Unter Hinweis darauf, daß bei den letzten Verhandlungen in Paris beiderseits neue Besprechungen über das endgültige Programm als erforderlich bezeichnet wurden, wird schließlich um Angabe eines Zeitpunktes für den Beginn dieser Besprechungen gebeten.

Das deutsche Kohlenmemorandium verworfen!

Laut „Echo de Paris" hat die Wiedergutmachungskommission das deutsche Memorandum, wonach Deutschland ab 1. Februar nur noch 1,8 Millionen Tonnen Kohlen monatlich liefern sollte, mit allen gegen eine Stimme verworfen.

* * *

Eine Denkschrift für ein deutsches Oberschlesien.

Führende Persönlichkeiten des oberschlesischen Wirtschaftslebens beschlossen die Abfassung einer Denkschrift an die führenden Staatsmänner aller Länder, die den Anteil Oberschlesiens am Weltmarkt mit Ziffern belegt und beweist, daß seine Bedeutung am Weltmarkt vom Verbleib bei Deutschland abhängt.

Der deutsch-serbische Handelsvertrag gescheitert.

Der Ministerrat in Belgrad versagte dem zwischen den jugoslawischen Unterhändlern und dem Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt von Stockhammer nach langwierigen Verhandlungen vereinbarten und bis auf die Unterschrift fertiggestellten vorläufigen Handelsvertrag seine Zustimmung. Offenbar sind nach der Abreise der deutschen Unterhändler innerpolitische Schwierigkeiten aufgetreten.

Englisch-amerikanische Kriegsgefahr?

Eine offizielle Londoner Erklärung.

Zu der gestern mitgeteilten Meldung der Londoner Berichterstatter Newyorker Blätter, sie seien in das englische Außenministerium geladen worden, wo sie eine „hochgestellte diplomatische Persönlichkeit" gebeten habe, das gespannte Verhältnis zwischen England und den Vereinigten Staaten nicht durch gehässigen Ton der Berichte weiter zu verschärfen und an das Elend eines evtl. Krieges zwischen den beiden angelsächsischen Ländern zu denken, erfährt Reuter von zuständiger Seite:

Die Meldung beruhe auf einer übertriebenen u. verkehrten Auslegung gewisser vertraulicher Erklärungen gegenüber amerikanischen Journalisten. Die englische Regierung erwarte im Gegenteil eine baldige befriedigende Regelung der schwebenden Fragen. Der Gedanke eines Krieges mit Amerika sei lächerlich und jede möglicherweise entstehende Frage lasse sich ohne Schwierigkeit regeln.

Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, habe der betreffende englische Beamte gewarnt, daß sich das englische und amerikanische Volk entfremde, und erklärt: Wir gehen auf einem Wege der zum Kriege führt. Der von der Hearst-Presse stammende und von der United Preß verbreitete Bericht hat in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen erregt.

Die offiziöse Londoner Erklärung, die ja das Vorhandensein einer starken Spannung zwischen England und Nordamerika nicht abstreitet, ist im wesentlichen eine Bestätigung dessen, was Geddes ausgesprochen hat. Zwischen den beiden Völkern besteht nicht nur eine Spannung, sondern direkte Kriegsgefahr. Lloyd George selbst hat am 22. Dezember v. J. in öffentlicher Rede erklärt, wenn das Wettrüsten nicht aufhöre, sei eine neue Weltkatastrophe unvermeidlich. Diejenige Macht, die das Wettrüsten in einer England tödlich bedrohenden Weise betreibt, ist Nordamerika. Und die englische Politik kennt gegenwärtig keine größere Sorge, als die nordamerikanische Flottenverstärkung.

Amerikas Rüstungsprogramm.

Washington, 9. Febr. Der Bericht des Flottenausschusses des Senats fordert, daß die amerikanische Flotte der jeder anderen Macht gleich ist. — Kriegssekretär Baker erklärte in einem Interview, gerade eine disziplinierte Armee bilde den Gipfelpunkt in der Entwicklung einer Großmacht. Baker hatte noch kürzlich die Notwendigkeit betont, den Bestand der Armee auf 580 000 Mann herabzusetzen.

Die endgültige Wahl Hardings.

Der amerikanische Kongreß wählte am Mittwoch Warren Harding mit 404 gegen 127 Stimmen, die auf Cox entfielen, endgültig zum Präsidenten von Amerika und den Gouverneur Colidge zum Vizepräsidenten.

Neue Reichsratsbeschlüsse.

Eine Verordnung über Bereitung von Kuchen.

Der Reichsrat beschloß gestern, den Verkehrsetat für 1921 schon nächste Woche durch die Kommission zu beraten, um in jedem Falle den Etat rechtzeitig fertig zu stellen. — Ein Antrag Preußens betr. Beteiligung der Länder an der Ausarbeitung der reichsgesetzlichen Entwürfe, die eine finanzielle Mehrbelastung der Länder und Gemeinden bringen, ging zur Vorberatung an die Kommission. — In die Reichsschulkommission tritt als Mitglied des Reichstages der volksparteiliche Abg. Dr. Gildemeister ein.

Schließlich wurde der Entwurf einer Verordnung über die Bereitung von Kuchen ohne Widerspruch angenommen. Sie enthält kein allgemeines gewerbliches Kuchenbackverbot, wie es der Reichstag forderte, sondern beschränkt sich auf die Bestimmung, daß zur Herstellung von Kuchen und Torten zum gewerblichen Verkauf Mehl und Brotgetreide nur bis zu 30 % verwendet werden darf. Butter, Schmalz und frische Sahne dürfen nicht verwendet werden. Die Herstellung von Schlagsahne bleibt verboten. Strafen für Uebertretung der Verordnung sind Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zu 50 000 Mark, außerdem können die Betriebe geschlossen werden.

Die Bergarbeiterunion verzichtet auf die Betriebsräte.

In einer Betriebsrätekonferenz in Zwickau erklärte die Bergarbeiterunion, daß sie von der Aufstellung von Betriebsräten im Bergbau absehen wolle, da die Arbeiter der Tätigkeit der Betriebsräte nicht genügende Anerkennung schenken. Diese Haltung der Bergarbeiterunion dürfte auf den Mißerfolg zurückzuführen sein, den die Union in der letzten Zeit mit ihren Bestrebungen hatte. Unter den Unionisten herrscht eine sehr gedrückte Stimmung, da sie sich aller Sympathie bei einem großen Teil ihrer früheren Anhänger infolge der Haltung eines Teiles ihrer Führer begeben hat.

General Kuropatkin nicht gestorben.

Die gestern mitgeteilte Meldung von dem Tode der russischen Generals Kuropatkin beruht auf einem Irrtum. In Wirklichkeit ist der bekannte sozialistische Führer Peter Krapotkin, der fälschlich vor einiger Zeit tot gesagt worden war nunmehr gestorben.

Aus Stadt und Umgebung

Hausfrauenkalender.

Sonnabend, den 10. Februar 1921.

Krankenversorgung. Zwieback für Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 60 Jahre in der Verkaufsstelle Mohr-Gotthardtstraße. Vorher im Rathaus 1 Treppe, Zimmer 12—13 Gutscheine abholen. Hierzu Lebensmittelheft als Ausweis mitbringen.

* * *

Stadtkreis Merseburg vom Minister des Innern genehmigt.

* Der Landrat gibt heute amtlich das Ausscheiden der Stadt Merseburg aus dem Landkreise Merseburg vom 15. Februar dieses Jahres ab bekannt. Er knüpft daran die Glückwünsche des alten Landkreises an den jungen Stadtkreis für die Zukunft.

Der Haus- und Grundbesitzerverein e. V.

hielt gestern abend im „Strandschlößchen" eine äußerst zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Der an Stelle des verstorbenen Sägewerksbesitzers Greif zum 1. Vorsitzenden gewählte Bäckermeister Freiberger eröffnete die Versammlung und gedachte mit warmen Worten seines verstorbenen Vorgängers, der sich große Verdienste um den Verein erworben habe. Darauf verlas der Schriftführer die einstimmig genehmigte Niederschrift der letzten Versammlung im „Tivoli". Amtssekretär a. D. Müller sprach zunächst über „die neue Reichseinkommensteuer und der Hausbesitzer" und dann „Welche Steuern treffen heute den Verkäufer eines Hauses?" Der Vortragende verstand es, an Hand einer Reihe klarer Beispiele seinen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen einem jeden verständlich zu machen. Nach einem Dankeswort an den Referenten gab der Vorsitzende bekannt, daß die Mitteilungen, deren Herausgabe man in der letzten Versammlung beschlossen hatte, zum ersten Male erschienen seien. Auch die Geschäftsstelle des Vereins ist nunmehr eingerichtet worden. Sie befindet sich im Hause des Bäckermeisters Freiberger, Markt 26, 1 Treppe, Eingang Entenplan. Die Sprechstunden für Vereinsmitglieder sind Dienstags und Freitags von 3—6 Uhr nachmittags. Die Mitglieder werden gebeten, sich nur in dieser Zeit dort Rat einzuholen. Ferner gab der Vorsitzende Zeit und Ort der nächsten Versammlung bekannt, sie findet am 1. März im „Tivoli" statt. Die Höchstmietenkommission hat bereits getagt und hat auch heute, am Freitag, eine Sitzung im Rathaus unter dem Vorsitz vom Herrn Stadtrat Wölfel. Der Verein steht auf dem Standpunkt, daß die Gebühren für die Schornsteinfeger, Müllabfuhr etc. nicht in der Miete enthalten sein sollen. Der Vorsitzende empfahl der Versammlung, Rentabilitätsberechnungen aufzustellen, die beweisen würden, wieviel der einzelne Besitzer bei seinem Hause im Jahre zusetze. Die 4prozentige Höchstmiete sei ebenso unzureichend wie die 25prozentige. Die Mietserhöhung müsse mindestens 80—90 Prozent betragen. Darauf berichtete Herr Graf über die letzte Sitzung der Höchstmietenkommission. Ein von dem Hausbesitzerverein eingebrachter Antrag sei abgelehnt worden. Die Mieter hätten nur eine 40prozentige Erhöhung der Höchstmieten bewilligen wollen einschließlich der Gebühren für Müllabfuhr, Straßenreinigung etc. Es sei nicht möglich gewesen, eine Einigung zu erzielen. Es folgte nun eine allgemeine Aussprache, in der u.a. ein Hausbesitzer Klage darüber führte, daß er erst vom Wohnungsamt die Nachricht erhalten habe, daß in seinem eigenen Hause eine Wohnung frei geworden sei, ohne daß ihm der betreffende Mieter vorher etwas davon mitgeteilt habe. Herr Rechtsanwalt Erlecke teilte dazu mit, daß er diese Klagen, die ihm schon des öfteren zu Ohren gekommen seien, an zuständiger Stelle vorgebracht habe, demnach dürfe jetzt allein der Vermieter dem Wohnungsamt mitteilen, daß in seinem Hause eine Wohnung frei geworden ist. In seinem Schlußwort mahnte der Vorsitzende, daß bei den bevorstehenden Wahlen der Hausbesitzer die Kandidatenliste wählen möge, die keinen Bodenreformer enthalte und schloß kurz nach Eintritt der Polizeistunde mit kurzem Dankeswort die Versammlung.

Der evangelische Männer- und Jugendverein

hatte gestern seine Generalversammlung im Vereinshaus an der Geisel 5. Pastor Werther eröffnete die Versammlung und begrüßte vor allem ein aus dem Militärdienst zurückgekehrtes Mitglied des Vereins und tat einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr. Die vom Schriftführer verlesene Niederschrift der letzten Versammlung wurde genehmigt. Sodann erstattete Herr Pastor Werther den Jahresbericht und gedachte zunächst des früheren Wanderlebens des Vereins von Lokal zu Lokal, bis der Verein nunmehr in dem Grundstück in der Mühlstraße eine dauernde Unterkunft gefunden habe. Mit der Beschaffung des eigenen Heims habe der Verein Rechte erhalten, aber auch Pflichten auf sich genommen. Am Schlusse seiner Ausführungen betonte Pastor Werther den Wert eines harmonischen inneren Vereinslebens. Nach dem Berichte, den der Bibliothekswart erstattete, umfaßt die Vereinsbibliothek 550 Bücher. Nach Verlesung des Kassenberichts schritt man zur Wahl des geschäftsführenden und erweiterten Vorstandes. Bei der Neuwahl des geschäftsführenden Vorstandes wurden die Herren Pastor Werther und Hübner wiedergewählt, an Stelle des Herrn Recht wurde Herr Klos gewählt. Bei der Wahl des erweiterten Vorstandes wurden die früheren Mitglieder wieder- und die Herren Gentsch und Kietz neugewählt. Nach Erledigung mannigfacher Anfragen wurde die Versammlung gegen 10¾ Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Versammlung der V. K. P. D.

* Die Vereinigte Kommunistische Partei hatte für Donnerstag abend eine Versammlung nach dem Tivoli einberufen, die ziemlich starken Besuch aufwies. Nach einigen einleitenden Worten des Versammlungsleiters sprach die Genossin Reichard (Mitglied des Landtages) über „Parlamentarismus oder Revolution?" Sie führte im wesentlichen folgendes aus: Im Grunde genommen hat die Kommunistische Partei keinen Anlaß, irgendwelche Hoffnungen auf das preußische Parlament, den preußischen Landtag, zu setzen. Von ihm wird für die kommunistischen Arbeiter das Heil nicht kommen, denn Parlamentarismus und Kommunismus sind schroffe Gegensätze: Wir Kommunisten wollen nicht, daß die Besitzenden mitregieren, wir wollen allein herrschen durch die Diktatur des Proletariats nach dem Muster von Sowjetrußland. Trotzdem wollen wir Kommunisten uns an den Landtagswahlen beteiligen, damit wir im Parlamente der verkommenen bürgerlichen Gesellschaft zeigen, wie stark wir sind, damit wir merken, wieviel Anhänger hinter uns stehen. Das alte Preußenparlament und die aus Rechtssozialisten gebildete preußische Regierung hat sich am marxistischen Sozialismus in gröbster Weise versündigt. Für die Hebammenanstellung hat man kein Geld übrig trotzdem das Volk nach einer Sozialisierung des Hebammenwesens dringend verlange. Wohl aber habe man für kirchliche Zwecke ca. 150 Millionen ausgeworfen; vor allem schimpfte die Rednerin über die zu hohen Gehälter der Bischöfe. Die Kirchen leisten nichts für die Menschheit, und trotzdem bekommen sie Geld. Ebenso habe man für den „Deserteur", den Kriegsanzettler von Amerongen" riesige Summen übrig, gebe ihm ganze Schlösser usw. Auch für Pferderennen haben die Rechtssozialisten Gelder bewilligt. Die Rechtssozialisten nähern sich immer mehr den Demokraten (oder umgekehrt). Das Kinderelend in den Großstädten schreit zum Himmel. Tausende von Kindern sind schwindsüchtig, tausende können keine Schule besuchen, weil sie keine Kleider mehr haben. Das Proletariat verlumpe allmählich. Dagegen treibe man in Sowjetrußland in wahrhaft großzügiger Weise soziale Fürsorge für Kinder, Kranke, Wöchnerinnen usw. (!) Sowjetrußland ist Deutschland in der Kultur weit voraus. (!?!) Die Rednerin schloß mit der Parole: „Nur durch Kampf kann der Sieg des Proletariats erreicht werden!" — Noch viel leidenschaftlicher waren die Ausführungen des in der Debatte auftretenden Herrn Sehmisch, der gegen die Kirche, gegen den ehemaligen Kaiser Wilhelm, gegen die Rechtssozialisten loszog und ausrief: „Bald werden die Bürger wieder zitternd in den Kellern sitzen!" Trotzdem beteuerte man, die kommunistische Arbeiterschaft besitze keine Waffen, diese seien nur bei der „Orgesch" zu finden. Die Orgesch wolle einen neuen Krieg mit Frankreich. Es sprach noch ein Herr Bartholomäus, der durch seine humoristische Sprechweise die ganze Versammlung erheiterte. Zum Schluß forderte ein Genosse auf zur Unterstützung der Presse und zur Abbestellung des „Korrespondent-Wurstblättchens" (wenn man ihn recht verstand) und der Vorsitzende gab nach einigen Angriffen gegen die christliche Kirche die Abhaltung einer „proletarischen Jugendweihe" in Merseburg bekannt.

Grudekoks

wird jetzt wieder in größeren Mengen auf dem Kohlenmarkt angeboten. Der Magistrat hat sich deshalb, entsprechend dem Vorgehen einiger anderer Städte, entschlossen, den Bezug von Grudekoks von jetzt ab bis auf Weiteres ohne Anrechnung auf die Kohlenkarte freizugeben. Den Grudekoks verbrauchenden Haushaltungen ist auf diese Weise die Möglichkeit geboten, die im Heizwerte wichtigeren Brennstoffe für schlechtere Zeiten aufzusparen. An eine bessere Belieferung der Haushaltungen mit Briketts ist bei der augenblicklichen Kohlenwirtschaftslage auf absehbare Zeit nicht zu denken. Es kann daher nicht dringend genug geraten werden, da, wo Einrichtungen für Grudekoks schon vorhanden sind oder sich ermöglichen lassen, von der Verwendung von Grudekoks ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Studenten in Not.

* Die Studentenschaft ist von der Zeit mit am härtesten getroffen. Außer den großen Kosten, die der Student, wie jeder andere für seinen Unterhalt aufbringen muß, sind die erheblichen Ausgaben für die Berufsausbildung zu bestreiten. Sie sind bei einzelnen Studienzweigen so gestiegen, daß den meisten eine Fortsetzung ihres Studiums unmöglich geworden ist. Immer häufiger wird der Studierende gezwungen, neben seinem Studium zum Broterwerb nachzu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210211-16/fragment/page=0002

gehen, was letzten Endes gerade für sein Studium die schwerste Schädigung bedeutet.

In der Erkenntnis dieser Notlage haben sich, wie in anderen Gegenden Deutschlands, so auch in Halle weitere Kreise zusammengefunden, um Mittel zu ihrer Linderung aufzubringen.

Gerade die Halleschen Studenten werden durch die Not der Zeit aro bedrängt. Weitaus die meisten von ihnen stammen aus Kreisen, die bisher den größten Teil der akademischen Intelligenz gestellt haben, die aber heute nach Einkommen und Vermögen nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder studieren zu lassen.

Im Anzeigenteil unserer Zeitung wendet sich ein Ausschuß, der sich in dankenswerter Weise zur Sammlung einer Geldstiftung für die Halleschen Studenten gebildet hat, an die weite Oeffentlichkeit. Es ist zu hoffen, daß die Worte überall die notwendige Beachtung finden werden. Auch außerhalb von Halle erhofft man eine starke Anteilnahme, stammen doch die Halleschen Studenten ganz überwiegend aus der Provinz Sachsen und sind zum großen Teil Kinder des flachen Landes.

Falsche 50-M.-Scheine.

*Von den jetzt zur Ausgabe gelangenden Reichsbanknoten zu 50 M mit dem Ausgabedatum 23. 7. 1920, treten neuerdings sehr ungeschickte und darum sofort jedermann auffällige Nachbildungen auf. Abgesehen von z schlechten zeichnerischen und äußerst mangelhaften Druckausführung, die namentlich in der Schattengebung der Charakterköpfe auffällige Nachbildungen auf. Abgesehen von der schlechten zeich-Noten: das Wasserzeichen und der eingewirkte Faserstreifen auf der Vorderseite, der beim Falschstück durch wenige braune Striche vorgetäuscht ist. Das Reichsbankdirektorium warnt vor Annahme obiger Fälschung und empfiehlt dem Publikum erneut, sich das Bild der echten Noten anzusehen und einzuprägen.

Erhöhte Gebühren für Jagdscheine und Reisepässe.

* Durch Gesetz vom 14. Januar 1921 sind die Stempelbeträge wesentlich erhöht worden. Es kosten jetzt: Jahresjagdscheine 30 M Stempel, 15 M Gebühren, zusammen 45 Mark; Tagesjagdscheine 6 M Stempel, 3 M Gebühren, zusammen 9 M; Inlandspässe (Personalausweise) 12 M Stempel, 15 M Gebühren, zusammen 27 M; Pässe im Verkehr mit den besetzten Gebieten: 12 M Stempel, 5 M Gebühren, zusammen 17 M; Auslandspässe: 12 M Stempel und 25 M Gebühren. Hierzu kommen bei den Auslandspässen noch die Sichtvermerksgebühren von 15 oder 25 oder 30 M, je nachdem es sich um einen einfachen Ausreisesichtvermerk, einen Rückreisesichtvermerk oder Dauersichtvermerk handelt. Auslandspässe kosten demnach im ganzen 52, 62 oder 67 M.

Wäschewaschen in der Wohnung.

* Auf grund der Bestimmung des Mietvertrages „Waschen und Trocknen der Wäsche in den Wohnräumen ist unbedingt verboten", und auf Grund der Bestimmung, daß die dreimalige Zuwiderhandlung trotz Abmahnung gegen dieses Verbot das Recht zur fristlosen Kündigung gibt, hatte ein Vermieter (nach Genehmigung der Kündigung durch das Mieteinigungsamt) den Mieter auf Räumung verklagt. Amts- und Landgericht Dresden haben die Klage abgewiesen. Das Landgericht sagt in den Gründen seines Urteils folgendes:

„Es fragt sich, was als eine Zuwiderhandlung gegen § 8 der Hausordnung (das Verbot des Waschens und Trocknens) anzusehen, wie also diese Bestimmung auszulegen ist. Nach § 133 B.G.B. ist bei der Auslegung einer Willenserklärung der wirkliche Wille zu erforschen und nicht an dem buchstäblichen Sinne des Ausdrucks zu haften. Es sind bei der Auslegung besonders die Verkehrsgewohnheiten zu beachten (vergl. hierzu auch § 346 H.G.B.) und der Zweck, der durch die Bestimmung erreicht werden soll. Nun ist es Verkehrssitte, daß die große Wäsche im Waschhaus gewaschen zu werden pflegt, dazwischen hinein aber die kleine Wäsche, das ist besonders die Säuglings- und Kinderwäsche, Taschentücher usw., je nach Bedarf in den Wohnräumen. Dies gilt auch von einzelnen größeren Wäschestücken, wie Handtüchern, Schürzen usw., falls sie notwendig gebraucht werden. Man pflegt deshalb nicht das Waschhaus aufzusuchen. Es würde dies zu umständlich und vor allem wegen des Kohlenaufwandes zu kostspielig sein. Dies gilt besonders bei der Kohlennot, die schon bei dem am 26. September 1918 erfolgten Abschlusse des Mietvertrages ersichtlich hat. Der Hauswirt will sich durch die Bestimmung offenbar doch nur dagegen schützen, daß die Wäsche in der Küche gekocht und durch den entstehenden Brasen die Wohnung geschädigt werde. Dies trifft beim Waschen kleiner Wäsche und einzelner großer Wäschestücke nicht zu. Die Bestimmung ist daher weiter auszulegen, daß sie kleine Wäsche und einzelne große Wäschestücke nicht mit umfaßt."

Das Kino im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten.

* Es ist leider noch immer nicht genügend bekannt, in welch ungeheurem Umfange heutigen Tages die Geschlechtskrankheiten in unserem Volk verbreitet sind und erst eine Reichsstatistik hat darüber erschöpfend Auskunft geben können. Es ist mit einer der erschütterndsten Folgen des Krieges, daß diese Krankheiten nun auch in Volksteile Eingang gefunden haben, die bis dahin so gut wie verschont geblieben waren. Aufgabe der Wissenschaft und einer auf sozialem Gebiet radikal durchgreifenden Gesetzgebung wird es sein, der verheerenden Volksseuche mit denkbar größtem Nachdruck entgegenzutreten. Aber diese Arbeit ist nutzlos, wenn nicht eine in die weitesten Kreise dringende Aufklärungsarbeit vorausgegangen ist. Auf diesem Gebiete kann nun das Kino unendlich viel Gutes leisten: nicht durch die Herstellung und Vorführung sogenannter Aufklärungsfilme, die letzten Endes nicht abschreckend, sondern eher aufreizend und verletzend wirken, sondern durch die Darstellung der nüchternen Tatsachen.

Von dieser gediegenen Art ist der Film „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen", der ab 15. bis 17. Februar 1921 in den Kammer-Lichtspielen, hier, vorgeführt wird. Er ist im Auftrag der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und unter deren Mitwirkung von den Fachärzten Dr. med. C. Thomalla und Dr. med. N. Kaufmann in Berlin zusammengestellt worden und zeigt in zahlreichen Bildern Art und Verlauf der geschlechtlichen Erkrankungen, besonders eingehend aber ihre verschiedenen Stadien. Nur die Tatsachen reden, und sie reden eine furchtbare Sprache. Bei allen Vorführungen des Films wird der Facharzt der Leipziger Hautklinik, Herr Dr. med. Greif den allgemeinverständlichen Begleitvortrag halten.

Im Interesse wirksamster Bekämpfung dieser Volksseuche ist zu hoffen, daß diesem edelsten gemeinnützigen Bestrebungen dienenden Film der reiche Zuspruch zuteil werde. Wir werden noch näher auf den Film zurückkommen.

Deutschnationale Volkspartei.

* In öffentlichen Versammlungen spricht am Sonnabend, den 12. Februar, abends 7 Uhr, in Horburg (Ratskeller) und Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Lauchstedt (Kursaal) Reichstagsabgeordneter Hemeter über „Volksernährung und Landwirtschaft". (S. Anzeige.)

Deutsche Volkspartei.

* In öffentlichen Wählerversammlungen spricht Arbeitersekretär Krüger-Berlin am Sonnabend, den 12. Februar, abends 8 Uhr in Schafstädt (Gasthof zum goldenen Löwen) und am Sonntag nachmittags 3 Uhr in Holleben (Gasthof Wangelsdorf) über „Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen. (S. Anzeige.)

Der Verein der Ostmärker

hält am nächsten Montag, abends 7½ Uhr, im „Tivoli" eine Versammlung ab. (S. Anzeige.)

Aus Provinz und Reich

Schweres Eisenbahnunglück im Leipziger Hauptbahnhof.

† Leipzig, 11. Febr. Als heute mittag der 1.16 Uhr von Wurzen kommende Personenzug P. 472 im Hauptbahnhof auf dem Bahnsteig 1 einlief, versagte die Bremsvorrichtung, sodaß der Zug mit voller Wucht auf eine Lokomotive auffuhr. 2 Personenwagen wurden vollständig ineinandergeschoben. Rettungsmannschaften der Leipziger Feuerwehr mußten die eingezwängten Fahrgäste mit Axt und Beil befreien. Zwei Personen sind tödlich, 15 mehr oder weniger schwer verletzt.

Verurteilung eines Räuberkonsortiums.

** Halle, 9. Febr. Wegen schweren Raubes und Ueberfalls auf einen Postwagen, der am 11. November v. J. von Groß-Kayna nach Frankleben fuhr, und bei dem den Räubern 22 000 M in die Hände fielen, wurden vom Schwurgericht in Halle verurteilt: Die Arbeiter Willi Schöbe zu drei Jahren, Walter Schöbe zu fünf Jahren, Richard Krüger zu 5½ Jahren und Paul Krüger zu vier Jahren Gefängnis. Die beiden Letzteren erhielten außerdem 300 M Geldstrafe. Zwei Mitangeklagte wurden freigesprochen.

Noch keine Einigung im Mansfeldschen Erzbergbau.

† Mansfeld, 10. Febr. Im Mansfeldschen Erzbergbau haben die Lohnverhandlungen über den neuen Tarif noch zu keiner Einigung geführt. Die Betriebsleitung wollte 2 M Zulage für die Schicht bewilligen. Die Arbeitervertreter und die Betriebsräte erklärten sich nicht imstande, auf dieser Grundlage abzuschließen, sondern wollen erst noch unter den Belegschaften eine Urabstimmung veranstalten. — Nachdem nun die Werksleitung den Forderungen der Mansfelder Gewerkschaft in dieser Weise entgegengekommen ist, waren die gewählten Vertreter der Arbeiterschaft vor einer Wiederholung solcher Massenaktionen wie sie in voriger Woche stattgefunden haben. Die Folgen dieser Auftritte würden für die gesamte Arbeiterschaft Mansfelds unübersehbar sein. Es ist unter anderem bereits mit zukünftiger Belegung der Auslandsarbeiten gedroht. Denn bei nur vorübergehendem Stillstehen der Pumpen auf den Werken würden die Schächte ersaufen und auf Jahre hinaus wäre jede Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit ausgeschlossen. „Nur Unverantwortliche können sich über diese Wahrheiten leichtfertig hinwegsetzen!"

Letzte Depeschen

Der russisch-polnische Frieden unterzeichnet

Paris, 11. Febr. (Eig. Drahtber.) Nach Meldung aus Moskau wurde der Frieden zwischen Räterußland und Polen gestern in Riga unterzeichnet. Die Nachricht wurde hier mit großer Freude aufgenommen, weil dadurch der östliche Horizont eine Aufklärung erfahren habe.

„Deutschlands größte Bataillone".

London, 11. Febr. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle" bezeichnet die Ernennung eines besonderen Ausschusses zur Vorbereitung der deutschen Gegenvorschläge als einen ungeheuer wichtigen Schritt auf dem Wege zur Regelung der Reparationsfrage. Die Zusammensetzung des Ausschusses beweise, daß die deutsche Regierung ihre größten Bataillone für den großen Kampf mobilisiere. Der 15er-Ausschuß könne als die Zusammenfassung aller Klugheit, Energie und des ganzen Scharfsinns der deutschen Industrie, Finanzen und Landwirtschaft aufgefaßt werden.

Die Pariser Beschlüsse kein Diktat?

Berlin, 11. Febr. An zuständiger Stelle in Paris wurde dem Korrespondenten der „Voss. Ztg." unzweideutig erklärt, die Pariser Beschlüsse stellten entgegen anderslautenden Presse-Aeußerungen keineswegs ein Diktat dar, soweit sie die Wiedergutmachung betreffen, sondern seien als ein Deutschland unterbreiteter Vorschlag zu betrachten.

Die in Aussicht genommene Sanktion komme nach allein maßgeblicher amtlicher Auslegung nur in Frage, falls Deutschland die Pariser Vereinbarungen annehme, aber dann nicht erfülle. Es stehe Deutschland frei, die Pariser Vorschläge abzulehnen und auf der integralen Ausführung des Versailler Vertrages zu bestehen. In diesem Falle würden die Verbündeten nach der im Vertrag vorgesehenen Anhörung Deutschlands die Einzelheiten der Ausführung bestimmen und für den Fall der Nichterfüllung Sanktionen festsetzen, die von den in Paris vereinbarten Sanktionen kaum verschieden wären.

Ein englischer Kronrat.

London, 11. Febr. Im vorgestrigen Londoner Kronrat wurde die politische Lage eingehend erörtert. Der König gab seine Zustimmung und Beglaubigung zu den Pariser Beschlüssen, deren Durchführung er für dringend notwendig hält. Zu der Londoner Konferenz werden auch Vertreter sämtlicher britischen Dominions eingeladen. Ferner wurde beschlossen, die britischen Truppen in Kleinasien, Indien und Aegypten zu verstärken.

Landgraf werde hart!

Berlin, 11. Febr. In einer an den Reichstag und den Reichspräsidenten gerichteten Eingabe nimmt der deutsche Industrie- und Handelstag in schärfster Form gegen die Entschädigungsnote der Entente Stellung. „Wir tun dies", so heißt es darin, „in voller Erkenntnis der möglichen Folgen, aber wir wissen uns eins mit den von uns vertretenen Kreisen, die einer festen und mannhaften Regierung jede Unterstützung leihen werden.

Bayern und die Entwaffnung.

Festhalten am bisherigen Standpunkt.

München, 11. Febr. Ueber die Erklärung der bayrischen Regierung an die Reichsregierung besagt ein amtlicher Bericht: Die bayrische Staatsregierung hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Reichsregierung, ebenso wie sie die ungeheuerlichen Reparationsforderungen ablehnte, auch dem unmöglichen Entwaffnungsdiktat nicht zustimmen dürfe, die beide ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Sie verkennt jedoch nicht, daß der Reichsregierung die letzte Entscheidung und die Verantwortung für ihre etwaigen Maßnahmen zufällt.

München, 11. Febr. Ministerpräsident von Kahr legte in der gestrigen Sitzung des Landesausschusses der Bayrischen Volkspartei den Standpunkt der Regierung in der bekannten Erklärung dar. Laut „Münch. N. N." sagte er u. a.: „Wir sind uns bewußt, daß es unser Recht und unsere Pflicht ist, auf die Willensbildung der Reichsregierung mit den uns verfassungsgemäß zustehenden Mitteln einzuwirken und Kräften entgegenzuarbeiten, die wir für verhängnisvoll halten. Wir sind uns aber auch bewußt, daß die letzte Entscheidung und damit die ganze Verantwortung der Reichsregierung überlassen bleiben muß. Dieser Standpunkt dürfte so unangreifbar sein, daß alle Beunruhigung, die in den letzten Tagen entstanden ist, von jedem als unbegründet erkannt werden muß.

Die Interpellation der Unabhängigen über die vom Ministerpräsidenten v. Kahr in der Berliner Ministerkonferenz vom 5. d. Mts., eingenommenen Haltung wird voraussichtlich von der Regierung nicht beantwortet und damit vom Landtage auch nicht besprochen werden, da in Berlin die Vertraulichkeit der Verhandlungen vereinbart worden ist.

Das neue Gesetz über die Entwaffnung.

Berlin, 11. Febr. Laut „Lok.-Anz." bereitet die Reichsregierung das neue Reichsgesetz über die Entwaffnung vor, damit es der Reichstag sofort bei seinem Wiederzusammentritt beraten kann. Die Annahme des Gesetzes muß bis 15. März erfolgen. Bekanntlich fordert die Entente die Auflösung der Einwohnerwehren bis zum 1. Juli d. Js.

Vertagung der Orientkonferenz?

Paris, 11. Febr. „Echo de Paris" stellt die Frage, ob die auf den 21. Februar festgesetzte Londoner Orientkonferenz verschoben wird. In einer der beiden Entente-Hauptstädte rechne man mit der Möglichkeit, die Debatte über die Orientfragen hinauszuschieben, bis die Angelegenheit mit Deutschland geregelt sei. Die Vertagung sei nötig, weil die Vertreter Kemal Paschas erst am 23. oder 15. Februar Adalia verlassen, mithin nicht vor dem 21. Februar in London sein könnten. Die Engländer wollen außerdem von den Missionen in Konstantinopel und Angora verlangen, daß sie sich einigen.

Die Delegationen für London.

Mailand, 11. Febr. (Eig. Drahtber.). An der Spitze der italienischen Delegation wird sich Ministerpräsident Giolitti nach London begeben

Konstantinopel, 11. Febr. (Eig. Drahtber.) Auf Beschluß des Ministerrates geht Ismit Pascha als Führer der türkischen Delegation nach London. In seiner Begleitung befindet sich der türkische Gesandte in Rom.

Venizelos nicht griechischer Vertreter.

Athen, 11 Febr Die griechische Mission unter Führung des Ministers Kalogeropulos reist nächsten Donnerstag nach London Die englische Regierung hat die Teilnahme inoffizieller griechischer Vertreter an der Konferenz auf Anfrage abgelehnt. Bekanntlich hieß es kürzlich, Venizelos sollte die Griechen in der Türkei vertreten.

Der englische Oberkommissar in Konstantinopel verweigerte den dortigen Vertreter des ökumenischen Patriarchs die Pässe für London.

Französischer Erfolg gegen die türkischen Nationalisten.

Paris, 11. Febr. Havas verbreitet ein amtliches Telegramm aus Beirut, nach dem Aaitab, das von den türkischen Nationalisten hartnäckig verteidigt wurde, vorgestern kapituliert habe. Die Stadt hat eine Bevölkerung von etwa 70 000 Einwohnern, sie wurde seit Mai v. Js. von den Franzosen belagert.

Französisch-japanischer Zwischenfall in Yokohama

Tokio, 11. Febr. (Reuter.) In Yokohama fand eine Revolverschießerei zwischen französischen Matrosen des Kriegsschiffes „Armand Behic (?)" und japanischen Polizisten statt. 5 Matrosen und 8 japanische Polizisten wurden verwundet, 9 französische Matrosen verhaftet. Der französische Konsul untersucht die Angelegenheit.

Das „Sparsamkeitsprinzip".

London, 11. Febr. (Eig. Drahtber.) Laut „Daily Mail" kaufte die deutsche Regierung in Kopenhagen für 45 000 Kronen (5 Millionen Papiermark) ein Gebäude zur Einrichtung ihrer Gesandtschaft. Die französische Regierung hätte vorher den ihr vorgeschlagenen Ankauf aus Sparsamkeitsgründen abgelehnt.

Massenflucht aus der katholischen Kirche in Prag.

Prag, 11. Febr. Nach Berichten sozialistischer Blätter sollen im Bereich von Groß-Prag während der letzten 14 Tage rund 100000 Personen aus der katholischen Kirche ausgetreten sein.

Besetzung belgischer Fabriken durch Arbeiter.

Brüssel, 11. Febr. Die Arbeiter von Wewelghem haben infolge der Industriekrisis die dortigen Fabriken besetzt und für ihre eigene Rechnung arbeiten wollen. Die Gendarmerie griff aber ein und schloß die Fabriken.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und Prov. Teil: Hanns Lotz. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Baltz. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210211-16/fragment/page=0003

Aufruf

zur Linderung der Notlage der Studierenden an der Universität Halle-Wittenberg.

(Hallische Studentenhilfe.)

Ein großer Teil der Hallischen Studentenschaft ist in bitterer Not! Die Studenten sind von den Verhältnissen der gegenwärtigen Zeit besonders schwer betroffen. Vor allem leiden die Söhne von Witwen, Beamten und aus allen sonstigen Kreisen, deren Einnahmen nicht entsprechend den Teuerungsverhältnissen gestiegen sind.

Schnelle Hilfe tut dringend not! Gelegenheit zum Geldverdienen ist kaum vorhanden. Wenn die Studenten zur Handarbeit auch gerne bereit sind, so finden sich geeignete Betätigungsgebiete doch selten. Die Beschäftigung Studierender als Kraftwagenführer, Pförtner, Kutscher und Pferdeknechte, als Musiker in Tanzsälen und Kaffeehäusern, wie es an den deutschen Hochschulen mehr und mehr üblich wird, raubt der akademischen Jugend die kostbare Zeit und Kraft. Ueberdies wächst die Gefahr, daß ein großer Teil Studierender schädlichen Einflüssen unterliegt. Die Ausgaben der Studenten sind, auch bei bescheidenen Ansprüchen, mindestens auf das 5fache gegen die Zeit vor dem Kriege gestiegen. Die Kosten können von den Eltern nur selten bestritten werden. Die Folge davon ist die erschreckende Unterernährung eines sehr großen Teiles unserer Studenten. Ein Schwinden der Gedächtniskraft und Ohnmachtsanfälle sind vielfach zu verzeichnen. Demgegenüber gilt es, die Kraft der studierenden Jugend als der künftigen Trägerin des geistigen Lebens der Nation für die großen, der Erfüllung harrenden Aufgaben, leistungsfähig zu erhalten.

Sehr erhebliche Summen sind erforderlich zur Abstellung der bittersten Not. Sie können nur aufgebracht werden, wenn alle, die dazu in der Lage sind, tatkräftig mitwirken. Wir wenden uns daher an alle Freunde der Universität mit der dringenden Bitte, ihre Hilfe nicht zu versagen.

Die Verwaltung und Verwendung der eingehenden Geldspenden, die insbesondere auch zur zweckentsprechenden Ausgestaltung der bereits bestehenden Akademischen Speiseanstalt verwendet werden sollen, liegt in den Händen des unterzeichneten Ausschusses.

Zahlungen werden erbeten auf Konto Hallesche Studentenhilfe beim Bankhause H. F. Lehmann zu Halle/S.

Paul Menzer, Rektor der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg. **G. Meyer**, Kurator der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg. **Ludwig Hoffmann**, Generaldirektor. **Hans Lehmann**, Bankier und Konsul. **v. Gersdorff**, Regierungspräsident. **Breyer**, Oberpräsidialrat. **Zuckischwerdt**, Geh. Kommerzienrat. **Rabbethge**, Kommerzienrat und Oberamtmann. **Alt**, Vorsitzender der Aerztekammer. **Bielecker**, Vorsitzender der Handwerkskammer. **Dehne**, Kommerzienrat. **v. Dobschütz**, Dekan der theolog. Fakultät. **Fabian**, Vorsitzender der Handelskammer. **Freuzel**, Fabrikdirektor. **Fries**, Direktor der Franckeschen Stiftungen. **Förster**, Kommerzienrat. **v. Gierke**, Dekan der rechts- und staatswirtsch. Fakultät. **Gieseke**, Universitätsrichter. **Gülland**, Landgerichtspräsident. **Hartz**, Kaufmann. **Haberland**, Bergwerksdirektor. **Heinhold**, Generaldirektor. **Herx**, Eisenbahndirektionspräsident. **Holz**, Generaldirektor. **Frau Hündorf**, Vorsitzende des Hallschen Hausfrauenbundes **Ihle**, Präsident der Oberpostdirektion. **Jolp**, Kommerzienrat. **Keil**, Stadtverordnetenvorsteher. **Künnecke**, Buchdruckereibesitzer. **Lamm**, Fabrikdirektor. **Lehmann**, Geh. Kommerzienrat. **Lindner**, Generaldirektor. **Lützert**, Geh. Kommerzienrat **Mosler**, Oberstaatsanwalt. **Niemeyer**, Verlagsbuchhändler. **Nolle**, Kommerzienrat. **Piatschek**, Generaldirektor. **Pitz**, Fabrikbesitzer. **Rabe**, Direktor der Landwirtschaftskammer. **Reinicke**, Fabrikbesitzer. **Reuter**, Oberlandesgerichtspräsident. **Rive**, Oberbürgermeister. **Roedtiger**, Fabrikdirektor. **Scharf**, Berghauptmann. **Scharf**, Bergwerksdirektor. **Scheithauer**, Generaldirektor. **Schweisgut**, Generaldirektor. **Steckner**, Geh. Kommerzienrat. **v. Stern**, Dekan der philosophischen Fakultät. **Thorwest**, Fabrikdirektor. **Volhard**, Dekan der medizinischen Fakultät. **Wagner**, Generaldirektor. **Wendenburg**, Rittergutsbesitzer. **Wentzel**, Oberamtmann. **Weiche**, Präs. der Landwirtschaftskammer. **Wicke**, Generaldirekt. **Wienrich**, Kaufm. **Frhr. v. Wilmowski**, Landeshauptmann. **Zell**, Generaldirekt

---

Reichstagsabgeordneter

Hemeter

spricht

Sonnabend, 12. Febr., abends 7 Uhr

in Horburg

(Ratskeller)

Sonntag, 13. Febr. nachm. 3 Uhr

in Lauchstedt

(Kursaal)

in öffentl. Versammlungen

über

„Volksernährung und Landwirtschaft."

Deutschnationale Volkspartei.

Oeffentliche Wählerversammlungen

Deutsche Volkspartei

Sonnabend, 12. Febr., abends 8 Uhr

in Schafstedt

Gasthof z. Goldenen Löwen.

Sonntag, 13. Febr., nachm. 3 Uhr

in Holleben

Gasthof Mangelsdorf.

Referent:

Arbeitersekretär Krüger aus Berlin.

Thema:

Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen.

Freie Aussprache.

Deutsche Volkspartei

(Kreisverein Merseburg)

Sonntag, den 13. Febr ar

steht ein

großer Transport

von

30 Stück oldenburger Rasse

pa. ganz

schwere Kühe m. Kälbern

sowie

hochtragende Kühe und Kalben

bei mir preiswert zum Verkauf.

E. Kiesels Nachflg., R. Schumann,

Viehgeschäft.

Tel. 376. **Lützen.**

Besonders billiges Angebot in Mänteln und Blusen

1 grosser Posten Uebergangs-Mäntel

aus feinstem, hellfarbigen Wollflausch, in verschied. Ausführungen, letzte Neuheiten **M. 350.—**

Die noch reichlichen Bestände in

-- Winter-Mänteln --

der verschiedensten Stoffarten, wie Flausch, Tuch, Astrachan etc.

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

1 Posten Damen-Sportblusen, Serie I

aus feinem, weichwolligen Tennisflanell, in blau-weiss gestreift **M. 49.—**

1 Posten Damen-Sportblusen Serie II

mittelfarbige Tennisstreifen, in eleganter Ausführung, mit Tasche **M. 69.—**

Otto Dobkowitz, Merseburg.

Entstaubungen

von Wohn- und Bureauräumen, Teppichen, Tür- und Fenstervorhängen, Bildern und dergl. durch

Elektrischen Staubsauger

werden gegen stundenweise Berechnung ausgeführt durch

Landkraftwerke Leipzig

Aktiengesellschaft in Kulkwitz.

Installationsbüro Merseburg, Gotthardstr. 29.

Tüchtiger und zuverlässiger

Werkzeugschlosser,

sowie mehrere

Reparaturschlosser

für dauernde Beschäftigung zu sofortigem Eintritt

gesucht.

Beunaer Kohlenwerke

Merseburger Mieterverein.

Montag, den 14. Februar, abends 1/2 8 Uhr im „Tivoli"

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vorstandswahl.
2. Jahresbericht.
3. Das neue Mietssteuergesetz.
4. Aussprache und Beitragserhebung.

Gäste willkommen. **Der Vorstand.** Fröhn.

Einladung

zur

Generalversammlung

der

Merseburger Vereinsbank

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Unsere geehrten Mitglieder laden wir hiermit zu der am **Sonntag, den 20. Februar 1921, nachmittags 3 1/2 Uhr,** im oberen Saale des **„Tivoli"** stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

ein und bitten um zahlreiches pünktliches Erscheinen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
2. Vorlegung der Bilanz und Genehmigung derselben.
3. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns, Erteilung der Entlastung.
4. Aenderung der Höchstgrenze für aufzunehmende fremde Gelder.
5. Festsetzung des Höchstbetrages des bei einem einzelnen Mitglied gleichzeitig ausstehenden Kredits.
6. Beschlußfassung über den schriftlichen Bericht des Verbandsrevisors.
7. Neuwahl für die nach Ablauf ihrer Wahlperiode ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Herren Bruno Becker [gestorben 1920], W. Büttner u. E. Frahnert [bis Gen.-Vers 1924].
8. Ersatzwahl für das 1920 verstorbene Aufsichtsratsmitglied Herrn Lohgerbermeister P. Herrmann für den Rest seiner Wahlperiode bis Gen.-Vers. 1923.
9. Beschlußfassung über die Vergütung an die Mitglieder des Aufsichtsrats.
10. Wahl der Abschätzungskommission.

Etwaige Anträge sind bis zum 16. cr. schriftlich beim Unterzeichneten einzureichen.

Merseburg, den 10. Februar 1921.

Der Aufsichtsrat der Merseburger Vereinsbank

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Herm. Vollrath, Vorsitzender.

Prima reiner Kakao

Haferkakao

Reines Schokoladenpulver

Große Auswahl in

Tafel-Schokolade

Malzbonbons

Himbeerbonbons

Gefüllte Seidenkissen

Täglich frischgebrannten

Kaffee

empfiehlt

Martha Hoffmann,

Reichardts — Schokoladengeschäft — Gotthardstr. 14.

Empfehle preiswert zur

Konfirmation

Reformleibchen, Corsetten, Untertaillen, Hemden, Beinkleider, Unterröcke, Haarbänder, Handschuhe, u. s. w., Strümpfe, Hosenträger, Cravatten, Kragen, Vorhemden, Manschetten Taschentücher usw.

A. Henckel,

Merseburg, Olgrube 29

Stadttheater Halle.

Sonnabend, abds. 7 1/2 Uhr: Gastspiel des russischen Balletts Jnsia Zarlsah.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Flachsmann als Erzieher.**

Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: **Der Corregidor.**

Montag, nachm. 7 1/2 Uhr Gastspiel des russischen Balletts Jnsia Zarlsah.

Verein d. Ostmärker

Nächsten Montag, abends 7 1/2 Uhr im Rest Tivoli

Versammlung.

Krankenbesucher

der auch Büroarbeiten u. Botendienst zu verrichten hat, zum baldigen Antritt gesucht. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind bis 15. 2. an den Unterzeichneten einzureichen.

Allgemeine Ortskrankenkasse in Merseburg.

Der Vorsitzende. Engel.

Zuverlässige solide Frau oder Mann **sofort** für dauernd z. Verkauf von

Kleiderstoff-Resten

bei gutem Verdienst gesucht. Betreffende werden eingerichtet. Erforderlich sind ca. 400.—M für kleines Warenlager. Schriftliche Meldungen m. Angabe der Verhältnisse sind unt. **C. R 33** an d. Exp. d. Bl. abzugeb.

Tüchtigen vollständigen

Monteur

für Mähmaschinen und Dreschmaschinen sucht

Friedrich Pfeiffer,

Landwirtschaftliche Maschinen Merseburg.

Vertreter

Für unsere einzig dastehenden volkswirtschaftlichen Artikel (D. R. P.) suchen wir rührige Herren für sämtliche Kreise des Regierungsbezirk Merseburg. Erforderliches Kapital für jeden Kreis zirka 1000 Mark. Offerten an die Geschäftsstelle unter **Nr. Kl. 2516.**

Ein nicht zu junges

Mädchen

für Küche u. Haus, welch. etwas v. Kochen versteht, für sofort gesucht.

Frau Kommerzienrat Eichhorn

Lauchstedter Straße 9/11.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210211-16/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 35 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 11. Februar 1921.

Die Wahllisten der nationalen Parteien.

a) Preußische Landesversammlung.

Deutschnationale Volkspartei.

1. Rektor Herrmann, Friedersdorf.
2. Landwirt Boes, Mockrehna (Kreis Torgau).
3. Geh. Oberregierungsrat Dr. v. Dryander, Berlin.
4. Gärtnereibesitzer Horn, Eilenburg.
5. Fräulein Hildegard Kühne, Berlin.
6. Sanitätsrat Dr. med. Richter, Zeitz (Vorsitzender der Aerztekammer für die Provinz Sachsen).
7. Bergmann Neubert, Raucha (Kreis Weißenfels).
8. Regierungslandmesser Forndran, Halle (Saale).
9. Professor Most, Roßleben.
10. Frau Helene Knabe, Freyburg (Unstrut).
11. Eisenbahn-Obersekretär Roloff, Halle (Saale).

Deutsche Volkspartei.

1. von Kardorff, Siegfried, M. d. R., Berlin.
2. Heidenreich, Robert, Kaufmann u. Prokurist, Halle.
3. Dieckmann, Ernst, Lehrer, Eckmannsdorf.
4. Thelemann, Dora, Frau, Wittenberg.
5. Priebe, Walther, Pfarrer, Königsrode.
6. Hoffmann, Gustav, Dreher, Halle.
7. Lohmeyer, Landgerichtsrat, Naumburg.
8. Hertel, Anita, Frau, Halle.
9. Böhme, Fabrikant, Weißenfels.
10. Funke, Maurermeister, Zeitz.
11. Wünsche, Kaufmann, Elsterwerda.
12. Burnus, Kreisassistent, Querfurt.

b) Provinziallandtag.

Kennwort: Nationaler Ordnungsblock.

(Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, Landbund).

1. v. Wilmowski, Landeshauptmann.
2. Carlsson, Dr., Halle.
3. Rive, Oberbürgermeister, Halle.
4. Georgi, Landwirt, Zeugfeld.
5. Gericke, Landrat, Torgau.
6. Mähl, Pfarrer, Wittenberg.
7. Lohmeyer, Landgerichtsrat, Naumburg.
8. Stanze, Dr., Arzt, Niestedt.
9. Elze, Zimmermeister, Förbig.
10. v. Bodenhausen, Landrat a. D., Bitterfeld.
11. Fricke, Kaufmann, Roßla.
12. Augstin, Dr., Gutsbesitzer, (Kr. Schweinitz).
13. Winrich, Kaufmann, Halle.
14. Kluge, Landwirt, Stolzenhain.
15. Fick, Domänenpächter, Othal.
16. v. Hellbdorf, Landrat a. D., Baumersroda.
17. Döring, Schornsteinfegermeister, Zeitz.
18. Gödecke, Bürgermeister, Torgau.
19. Kloppe, Studienrat, Halle.
20. Cludius, Oberlandesgerichtsrat, Naumburg.

c) Kreistag.

1. Förster, Paul, Landwirt, Kreypau.
2. Orphal, Dr., Winterschuldirektor, Merseburg.
3. Eichardt, Rechnungsrat, Merseburg.
4. Köhler, Schmiedemeister, Gensa.
5. v. Trotha, Generallandschaftsdirektor, Schkopau.
6. Meyer, Bürgermeister, Lützen.
7. Niele, Landwirt, Starsiedel.
8. Olendorf, Baurat, Merseburg.
9. Wothe, Landesrat, Merseburg.
10. Schleif, Fabrikant, Kötschau.
11. Zeitz, Landwirt, Knapendorf.
12. Flick, Rektor, Lauchstedt.
13. Weitsch, Fabrikant, Groß-Schkorlopp.
14. Tannewitz, Landwirt, Meuschau.
15. Preller, Landwirt, Wehlitz.
16. Görling, Alfe, Merseburg.
17. Otto, Landwirt Ober-Kriegsdorf.
18. Kühling, Lehrer Schafstädt.
19. Meißner, Tierarzt, Schafstädt.
20. Römer, Justizobersekretär, Lauchstedt.
21. Görner, Paul, Landwirt, Lemna.
22. Wartgenstädt, Landwirt, Kaja.
23. Rauschenbach, Bäckermeister, Spergau.
24. Burkhardt, Landwirt, Rübsen.
25. Marx, Brauereibesitzer, Burgliebenau.
26. Teichmann, Landwirt, Rockendorf.
27. Burkhardt, Landwirt, Merseburg.
28. Seybicke, Landwirt, Benndorf.

Diese Wahllisten der nationalen Parteien für den 20. Februar empfehlen wir der besonderen Beachtung unserer Leser mit der dringenden Mahnung, an diesem Tage ihrer Wahlpflicht unter allen Umständen mit aller Sorgfalt zu genügen, auch wenn die Zeitung vorübergehend durch besondere Umstände am Erscheinen verhindert sein sollte.

Politische Rundschau

Wiederaufnahme der Wohnungsbautätigkeit.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Der Reichstag hat in seiner Sitzung am 3. Februar das Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues angenommen. Auf Grund dieses Gesetzes wurden von der Reichsregierung 1½ Milliarden Mark als Vorschuß für Zuschüsse zu Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt. Ihre Verteilung auf die einzelnen Länder erfolgt in den nächsten Tagen. Es darf daher mit der Wiederaufnahme der Wohnungsbautätigkeit in den nächsten Wochen gerechnet werden.

Die Mannesmann-Konzesionen in Marokko.

Das internationale Schiedsgericht für marokkanische Angelegenheiten hat in dem seit über einem Jahre schwebenden Verfahren wegen der Mannesmannwerke die endgültige Entscheidung getroffen. Den Gebrüdern Mannesmann ist jetzt eine große Zahl von Konzessionen zugebilligt worden.

Das Saarland kein „Staat" sondern deutsches Gebiet.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat kürzlich den Beitritt des Saargebietes zu den drei internationalen Verkehrsgemeinschaften, dem Weltpostverein, dem Welttelegraphenverein und der Union über den internationalen Eisenbahnfrachtverkehr beantragt. Dieser Antrag widerspricht dem Friedensvertrag, weil nur Staaten Mitglieder der Verkehrsgemeinschaft sein können. Das Saargebiet ist aber kein selbständiger Staat, sondern ein nur für beschränkte Zeit der Regierung des Völkerbundes unterstellter Teil Deutschlands. Als Teil Deutschlands hat das Saargebiet auch nicht aufgehört, zu dem Geltungsbreiche des internationalen Verkehrsabkommens zu gehören; sein Beitritt ist also weder praktisch erforderlich noch rechtlich zulässig. Deshalb hat die Reichsregierung in mehreren Noten bei den zuständigen Stellen gegen den Beitritt des Saargebietes zu den internationalen Verkehrsgemeinschaften Einspruch erhoben und erklärt, daß sie diese Maßnahme nicht anerkenne.

Zur Lage im Ruhrbergbau.

Ueber Entschließungen und Stellungnahme der Bergarbeiterschaft im Ruhrbezirk werden in der letzten Zeit sich anscheinend widersprechende Meldungen herausgegeben. Die Oeffentlichkeit wurde beunruhigt durch die Nachricht von einer Betriebsrätekonferenz des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus, die einmütig sofortige Einführung der 6-Stundenschicht, Ablehnung des Verfahrens von Ueberschichten, Auflösung der technischen Nothilfe, sofortige Inangriffnahme der Vollsozialisierung gefordert habe. Diese Betriebsrätekonferenz war lediglich ein Unternehmen der Syndikalisten. Von den 265 Schachtanlagen des Reviers mit 2500 Arbeiterbetriebsräten waren nur 108 durch im ganzen 127 Betriebsräte, fast ausschließlich Anhänger der freien Arbeiterunion (Syndikalisten) vertreten. Die Betriebsräte des „alten" und des christlichen Bergarbeiterverbandes, die bei der letzten Betriebsratswahl zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten haben, waren in überhaupt nicht nennenswerter Zahl erschienen. Der Versammlung fehlte demnach das Mandat sich Vertretung der Bergarbeiterschaft des Ruhrbezirks zu nennen. Die ganze Veranstaltung war ein Versuch der radikalen Syndikalisten, die Bergarbeiterschaft zu Unbesonnenheiten aufzupeitschen. Das wird durch die vernünftige und besonnene Haltung der Gewerkschaften verhindert werden. Ein Grund zu starker Besürchtung liegt nicht vor, wenn auch die syndikalistische Gefahr nicht unterschätzt werden darf.

Die Arbeitszeit der Beamten.

Das Reichskabinett hat kürzlich für die Regelung der Arbeitszeit der Beamten neue Richtlinien aufgestellt. Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen und die ihm übertragenen Arbeiten ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 48 Stunden. Soweit der Dienst in bloßer Dienstbereitschaft besteht, ist die Zeit entsprechend zu erhöhen. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen; nur dort, wo aus örtlichen oder sachlichen Gründen eine solche Teilung unzweckmäßig erscheint, kann durchgehend gearbeitet werden. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde und Anhörung der Beamtenvertretung festgesetzt. Bei durchgehender Arbeit kann eine Frühstückspause bis zur Höchstdauer von einer halben Stunde gewährt werden. Für eine Ueberschreitung der 48stündigen Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Es wird angestrebt, die Tagesdienstzeit der an ein und demselben Ort befindlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden gleichmäßig zu regeln. Alle bisher ergangenen Bestimmungen, soweit sie mit obigen Richtlinien in Widerspruch stehen, sind aufgehoben.

Verteuerung der Privatanschlußgleise.

In den letzten Wochen haben anscheinend auf Veranlassung des Reichsverkehrsministeriums alle Eisenbahndirektionen von den Inhabern von Privatanschlußgleisen verlangt, sich ab 1. Januar 1921 mit einer Erhöhung der Gebühren bis zur Höhe der Selbstkosten einverstanden zu erklären; die gesetzte Frist zur Erklärung war auf wenige Tage bemessen. Für den Fall, daß die Anschlußgleisinhaber auf der vertraglich vorgesehenen Kündigungsfrist von sechs Monaten bestehen bleiben, wurde die Kündigung zum nächstzulässigen Termin, also zum 30. Juni 21, ausgesprochen. Für diesen Fall würden dann die Gebühren ab 1. Juli 21 so hoch sein, daß die im ersten Halbjahr 21 entstandenen Verluste reichlich gedeckt würden. In einem Falle wurde sogar die Nachzahlung der neuen Gebühren ab 1. Oktober 1920 verlangt und in manchen Fällen zugleich die Drohung ausgesprochen, bei Nichteingehen auf die Bedingungen den Anschluß zu sperren. Nur in Bayern scheint man weniger repressiv vorgegangen zu sein.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat gegen das Vorgehen der Eisenbahn nachdrücklichst Einspruch erhoben, worauf das Reichsverkehrsministerium jetzt wenigstens die Höhe der neuen Sätze bekannt gegeben hat. Die eingetretene Erhöhung bedeutet eine Verdreifachung der bisherigen Gebühren, bei den Anschlußgebühren eine Versechsfachung. Die Gebühren, die einen Strafcharakter tragen, sollen in noch stärkerem Maße erhöht werden. Inzwischen hat sich allerdings der Reichsverkehrsminister zu einer mündlichen Verhandlung mit den Interessenten zur Verfügung gestellt. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat es übernommen, das Weitere in die Wege zu leiten, und es steht zu erwarten, daß die Besprechung schon bald stattfindet. Man darf hoffen, daß es gelingen wird, die Erhöhung der Anschlußgebühren auf ein erträgliches Maß herabzumindern.

Recht so!

Vor einiger Zeit hatte die Berliner Speditionsfirma Albert Bartel G. m. b. H., Internationaler Möbeltransport, an eine Kattowitzer Firma ein auffallendes Angebot gerichtet. „Es ist damit zu rechnen, daß ein Teil Oberschlesiens an Polen fallen und ein größerer Auszug Deutscher die Folge sein wird. Wir verfügen über einen großen Wagenpark und stellen Ihnen Wagen zu einem zu vereinbarenden Leihpreise zur Verfügung". . . . Diese im gegenwärtigen Augenblick geradezu schamlose Offerte hat nicht nur im Publikum, sondern auch unter den Berufsgenossen des unternehmungslustigen Spediteurs ein schweres Aergernis hervorgerufen. Die Firma Albert Bar-

Der Schatz der Sabäer

Roman von L. Tracy

20] (Nachdruck verboten.)

Die beiden Damen waren während der Abfahrtsmanöver in Holmstettens Nähe stehengeblieben, und Frau von Henden verspürte, wie es schien, nicht übel Lust, eine kleine Unterhaltung mit ihm zu beginnen. Aber noch ehe es zur Ausführung dieser Absicht gekommen war, erschien der Baron de Beauregard auf der Bildfläche, um mit weltmännischer Artigkeit und einem Schwall liebenswürdiger Worte die Verzögerung der Begrüßung zu entschuldigen. Ob er wirklich, wie er sagte, durch einen widerwärtigen Zufall unten in der Kabine aufgehalten worden war, oder ob er sein Erscheinen auf Deck absichtlich verzögert hatte, bis die Jacht sich in Fahrt befand, vermochte Heinz natürlich nicht zu entscheiden; aber das strahlende Aussehen des Barons und seine unverkennbare gute Laune ließen jedenfalls keinen Zweifel, daß das gestrige Abenteuer keinerlei irgendwie erhebliche üble Folgen gehabt haben konnte.

Auch wenn es seine Absicht gewesen wäre, den Lauscher zu machen, hätte Heinz nicht lange verfolgen können, was die drei miteinander sprachen, denn sie zogen sich alsbald, von Beauregard geführt, in die inneren Räume der Jacht zurück. Und der zweite Steuermann mußte es wohl für seine Pflicht halten, sich nunmehr seinen beiden Vorgesetzten zuzugesellen, die in halblautem Gespräch auf dem Vorderdeck standen. Ein Wort aus dem Munde des Kapitäns, das er im Näherkommen aufgefangen, ließ Heinz vermuten, daß der brave Tack soeben die Geschichte von dem durch das Telegramm aufgedeckten Namensschwindel erfuhr. Es war ein Augenblick sehr bedenklicher Spannung, und Holmstetten fühlte, daß innerhalb der nächsten Sekunden leicht genug eine verhängnisvolle Aeußerung fallen könnte, durch die sein Verhältnis zu dem Kapitän ein für allemal rettungslos verdorben werden mußte. Aber der Zufall war ihm günstig, und wieder war es etwas Weibliches — diesmal in Gestalt „Aphroditens" selbst —, das ihm freundlich zu Hilfe kam.

Trotz ihres Halbverfallenen und des kleinen Ausguckhäuschens darauf, die der Jacht das Aussehen eines recht stattlichen Dampfers gaben, war sie doch vollständig als Topsegelschoner aufgetakelt. Ihre scharfen Linien und die daraus sich ergebende besondere Länge gewährte den Fock- und Gaffelsegeln genügenden Raum. Diese von dem gewöhnlichen Typ stark abweichende Bauart hatte ihre besonderen Ursachen gehabt. Es war eine Liebhaberei des ersten Eigentümers gewesen, sich monatelang an Küstenstrichen aufzuhalten, die nur sehr selten von Schiffen besucht wurden, und wo deshalb an ein Beschaffen und Einnehmen neuer Kohlenvorräte nicht zu denken war. Darum hatte er sich zumeist mehr auf die Segeltüchtigkeit seines Schiffes, als auf die Dampfmaschine verlassen. Stumpf und sein erster Steuermann dagegen waren gründliche Verächter der „Windfänger", mit denen sie in ihrer Seemannslaufbahn nur selten zu schaffen gehabt hatten. Auf einem Schiffe, wie es die „Aphrodite" nun einmal war, hätte der Kapitän bei günstigem Winde, wie er zum Beispiel in diesem Augenblick blies, oder bei hohem Seegang vielleicht allenfalls ein Focksegel und den Klüver gehißt. Die Schraube aber würde er dabei unter allen Umständen beibehalten haben, und niemals würde es ihm eingefallen sein, die Feuer im Maschinenraum zu dämpfen und sich einzig auf die Segel zu verlassen.

Nun aber gefiel es der kapriziösen „Aphrodite", dem alten Seebären nach echter Frauenart eine recht boshafte Lektion zu erteilen.

Während er noch an der bissigen Bemerkung kaute, die er Holmstetten in der Tat zugedacht hatte, stoppte plötzlich die Schraube ab, und das Schiff flog im Bogen über den Kamm der nächsten Woge — die Maschinen hatten ihre Tätigkeit eingestellt.

Stumpf brüllte eine wütende Frage durch das Sprachrohr in den Maschinenraum hinunter und erhielt die prompte Antwort, die Maschine hätte versagt, aber man wisse noch nicht, aus welchem Grunde. Nun ist aber die äußere Reede des Marseiller Hafens für ein nicht ganz seetüchtiges Schiff eines der unangenehmsten Fahrwasser im ganzen Mittelländischen Meer. Denn wenn auch der Golf du Lion fast ohne Ebbe und Flut ist, so hat er doch sehr starke und heimtückische Strömungen. Die Formation der felsigen Küste mit den davor gelagerten kleinen Inseln und versunkenen Riffen gestattet wenig Spielraum zum Manövrieren, bis man den Leuchtturm passiert hat, der einige Meilen vom Lande entfernt liegt.

Natürlich hätte der Kapitän jetzt von den Segeln Gebrauch gemacht, aber er das ihm anvertraute Schiff einer Gefahr aussetzte. Aber die Wut über den schlechten Anfang der Reise wollte ihn schier ersticken und außerdem war er mit den Segelkommandos aus Mangel an praktischer Uebung herzlich schlecht vertraut.

Für einen Augenblick war er deshalb tatsächlich unentschlossen, und es hätte leicht geschehen können, daß der Beginn der Reise auch zugleich ihr Ende bedeutet hätte, wenn nicht Holmstetten, ohne auch nur eine Minute mit Fragen und Vorschlägen zu verlieren, mit bewundernswürdiger Geistesgegenwart in die Bresche gesprungen wäre.

Eine Reihe von ebenso scharfen als ruhigen Kommandorufen machte der momentanen Verwirrung ein Ende, und es schien, als ob der zweite Steuermann sich plötzlich vervierfacht habe, so allgegenwärtig war er während der nächsten Minuten. Blitzschnell eilte er vom Fockmast zum Hauptmast und wieder zurück zum Klüverbaum, um sich zu vergewissern, daß die des Segeldienstes ungewohnten Leute auch die richtigen Taue zogen und die Segel in der rechten Weise setzten. Eine winzig kurze Zeitspanne nur, und die „Aphrodite" flog vor dem Winde wie der allerbeste Segler.

Erst als sich lustig alles blähte, was an Leinwand aufzubringen gewesen war, kam es Heinz zum Bewußtsein, daß er sich mit der Uebernahme des Kommandos Rechte angemaßt habe, die ihm nicht zustanden, und etwas beklommen stieg er zu der Kommandobrücke hinauf, um die Zurechtweisung in Empfang zu nehmen, die ihm Kapitän Stumpf nach seiner Ueberzeugung gerade heute gewiß nicht schenken würde.

„Ich bitte wegen meines eigenmächtigen Vorgehens um Entschuldigung, Kapitän," sagte er. „Aber ich hielt es bei dem plötzlichen Versagen der Maschine für das beste, die Jacht so schnell als möglich unter Segel zu bekommen, und —"

Der Angeredete machte eine abwehrende Handbewegung.

(Fortsetzung folgt).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210211-16/fragment/page=0005

tel ist jetzt aus der Zentralstelle des deutschen Möbeltransportes und dem Verein Berliner Möbeltansporteure wegen ihres unpatriotischen Verhaltens **ausgeschlossen** worden.

Erna Morena und — Wilhelm Herzog.

Im „Vorwärts" lesen wir folgende nachdenkliche Betrachtung: „**Erna Morena** fiel, wie immr, durch ihre **aparte Toilette** und ihren **Hermelinmantel** auf."

Man schrieb es im „Tag" im Bericht von einer besseren Festivität Berlins. Warum auch nicht? Aber es gibt Leute mit Grundsätzen, die das stört. Dazu gehört die **kommunistische „Hamburger Volkszeitung"**. Sie druckt also wörtlich aus dem „Tag" ab, inklusive obiger Notiz und meint dazu mit gesträubter Feder: „Goldgewänder, Silber, Hermelinmäntel, Diademe, wehende Reiher, schön „aus"gezogene Frauen . . . Zur selben Stunde ringen **Millionen von Menschen** mit ihrem **Elend**, wissen Millionen von Menschen nicht ihren Hunger zu stillen, legen Hunderte von Menschen selbst Hand an sich, weil sie keine Rettung mehr sehen aus all der Not. **Proletarier in Not!** Proletarier wacht auf! Besinnt euch auf eure grauenvolle Lage! Erwacht zum Denken — und handelt! „Verschlemmen soll nicht mehr der faule Bauch, was fleißige Hännde erwarben."

Zu dieser Auslassung der „Hamburger Volksztg." bemerkt nun wieder der „Vorwärts": „An diesem Abend soll **Wilhelm Herzog**, dem kommunistischen Bürgerschaftskandidaten in Hamburg und **Ehegemahl besagter Erna Morena** der Bissen im Munde stecken geblieben sein . . ."

Die deutsche Sprache in Siebenbürgen.

Infolge einer Interpellation des **siebenbürgischen** Abgeordneten Brensch ist die **deutsche Sprache** vom **rumänischem** Kammerpräsidenten ausdrücklich als **gleichberechtigt** anerkannt worden.

Meutereien in der französischen Marine.

Laut „Petit Journal" sind infolge der **antimilitärischen Hetze** in verschiedenen Formationen in Südfrankreich Unruhen eingetreten. Es kam zun vereinzelten **Meutereien** von Streitkräften zur See. In **Marseille** und **Toulon** wurden eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

Englands Schiffsverluste im Krieg.

Das **Londoner Handelsministerium** teilt mit, daß die Totalverluste auf dem Gebiete der Schiffahrt während des Krieges für das englische Reich 4696 Schiffe von zusammen **9 412 375 Tonnen** betrugen. Die Zahl der **umgekommenen Seeleute** und Passagiere betrug **40 860.**

Aus Stadt und Umgebung

Beförderung der Telegramme auf dem Draht- oder Funkwege.

* Im Telegrammverkehr innerhalb Deutschlands sowie mit den europäischen Ländern hat sich die Telegraphenverwaltung im allgemeinen die Wahl unter den zu benutzenden Verkehrsmitteln (ob Draht- oder Funkweg) vorbehalten. Befürchtet jedoch der Absender ein Mithören seines Telegramms durch Unbefugte und zieht er deshalb die Drahtbeförderung vor, so muß er im Telegrammformular an der für die Wegangabe vorgesehenen Stelle den gebührenfreien Vermerk „Draht" niederschreiben. Bei Telegrammen, die über Deutschland hinaus nach europäischen Ländern gerichtet sind, ist in diesem Fall entsprechend den Beschlüssen der Europäischen Verkehrskonferenz in Paris vom Juli 1920 das Wort „fil" anzuwenden. Ebenso bestimmt die Telegraphenverwaltung im Telegrammverkehr mi tden Vereinigten Staaten von Amerika bis auf weiteres die Uebermittelungsart, wenn der Absender weder die Drahtbeförderung durch Angabe eins der in der „Gebührentafel für Telegramme" enthaltenen Wege („via Anglo", „via Commercial", „via Western Union") noch den Funkweg durch den gebührenfreien Vermerk „Funk" an der für die Wegangabe vorgesehenen Stelle vorgeschrieben hat.

Gesichtspunkte für die Reform der deutschen Hochschulen.

Die am letzten Sonnabend erschienene Nummer der „Zeitschrift des Vereins der deutschen Ingenieure" gibt Kenntnis von einer ausführlichen Denkschrift von Prof. **Aumund**, die vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den preußischen Technischen Hochschulen zur Stellungnahme übersandt wurde. — Es wird darin gefordert, daß die Hochschulreform energisch unter folgenden Gesichtspunkten durchgeführt werden soll: 1. Möglichst frühzeitige Einführung in die Fachgebiete; 2. Entlastung von Pflichtfächern, um die Allgemeinbildung zu fördern; 3. Möglichkeit der Vertiefung des technischen Studiums für die Wissenschaft Studierenden; 4. Vertiefung der Leistungen in den einzelnen Wahlfächern; 5. Möglichst freiheitliche Gestaltung des gesamten Unterrichts; 6. Einheitlichkeit des Studiums, um die Beteiligung auf den Grenzgebieten der verschiedenen Techniken zu ermöglichen; 7. Pflege der Verkehrs- und Wirtschafts-Wissenschaft. — Im Anschluß an diese Forderungen wird auch der Anschluß der Handelshochschule und der Landwirtschaftlichen Hochschule an die Hochschule für Technik und Wissenschaft und die Bildung einer wirtschafts-wissenschaftlichen Abteilung an dieser Hochschule erstrebt. Auch mit den Kunsthochschulen soll ein wesentlich engerer Kontakt hergestellt werden und im Allgemeinen der Lehreraustausch zwischen den Hochschulen gefördert werden.

Aus Provinz und Reich

Bewaffnete Räuber.

† **Wedderstedt**, 9. Febr. Bewaffnete Räuber suchten die Villa der Gutsbesitzerswitwe Harpke heim, sperrten das Dienstpersonal in ein Vorzimmer und verlangten von der alten Frau die Herausgabe des Geldes. 15000 *M* sind ihnen in die Hände gefallen. In einem viersitzigen roten Automobil suchten sie in der Richtung nach Quedlinburg das Weite. Frau Harpke hat für die Ermittlung der Täter 10 000 *M* Belohnung ausgesetzt.

Freche Spitzbuben.

† **Quedlinburg**, 9. Febr. Fünf Schafe wurden einem hiesigen Landwirt gelegentlich der Reinigung des Schafstalles gestohlen. Durch Zufall lief eine Frau, deren Ehemann eines der Schafe gestohlen hatte, einem Polizeibeamten in die Hände, als sie das bereits geschlachtete Schaf im Tragkorbe nach Hause bringen wollte. Das Fleisch wurde der Frau abgenommen.

Streik in der Ammoniak- und Sodafabrik.

† Staßfurt, 9. Febr. In der Ammoniak- und Sodafabrik sind die Beamten und Angestellten in den Streik getreten, um von der Direktion den Namen eines Angebers zu erzwingen, der die Direktion über die Verhandlungen in den Betriebsbesprechungen unterrichtete. Die Arbeiter haben heute die Arbeit niedergelegt, ohne in den Streik zu treten, mit der Erklärung, ohne die Leitung der Sachverständigen nicht weiterarbeiten zu können.

Eine erfolgreiche Razzia auf einem berüchtigten Berliner Rummelplatz.

† **Berlin**, 10. Febr. Gestern abend kurz nach 9 Uhr veranstaltete die Berliner Kriminalpolizei unter Leitung der Oberwachtmeister Detmann und Bußdorf mit Unterstützung uniformierter Beamter eine Razzia auf dem Rummelplatz am Bahnhof Friedrichstraße. Der Betrieb in dem berüchtiaten Hippodrom, wo junge Damen im Herrensitz ihre Reitkünste zeigten, war gerade im besten Gang, als der dichtgefüllte Raum eine Vermehrung der Gäste erfuhr. Eine große Anzahl Kriminalbeamte besetzte den Saal. Die Musik verstummte, und nun wurden sämtliche Gäste auf ihre Ausweispapiere hin geprüft. Wer sich ausweisen konnte, wurde entlassen, die andern mußten die vorgefahrenen Autos besteigen und die Fahrt nach dem Alexanderplatz antreten. Bis in die Nacht hinein dauerten die Vernehmungen, da eine sehr große Anzahl übelberüchtigter Personen abgefaßt worden war.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Die hohen Fischpreise.

Auf den letzten Märkten in Hamburg, Cuxhaven, Geestemünde sind die an und für sich schon hohen Fischpreise noch bedeutend weiter in die Höhe gegangen. Trotzdem die Zufuhren knapp waren, gestaltete sich der Handel schleppend, da die Konsumenten infolge der hohen Preise mit dem Einkauf zurückhielten. Für den Kleinhandel stellten sich die Preise im Einkauf für Seefische wie folgt: Schellfisch 3,50—6 *M*, Kabeljau 3,60—5 *M*, Selachs 3,50—5 *M*, Dorsch 2—4,50 *M*, Flunder 2—4 *M*, Scholle 5—6 *M*, Rotzunge 6—8 *M*, Seezunge 20—22 *M*, Steinbutt 12—14 *M*, Tarbutt 7—14 *M*, Lachs 25 bis 28 *M* pro Pfund. Flußfische kosteten: Zander lebend 9 bis 13 *M*, Karpfen lebend 11—12 *M*, Hechte lebend 10—12 *M*, Plötzen lebend 4—5 *M*.

Die Zufuhren an frischen Heringen waren sehr reichlich und die Preise gingen rapide zurück. Bezahlt wurden pro Pfund 1,50—2 *M*.

Auf den Fisch-Auktionen wurden die gleichen Preise erzielt.

Von den Viehmärkten.

Hamburg, 10. Febr. Auftrieb 3082 Rinder, 612 Schafe, der Handel war langsam. Es notierten Ochsen 570—915 *M*, Bullen 500—850 *M*, Färsen 570—910 *M*, Kühe 300—830 *M*, Schafe 450—800 *M* für 100 Pfund Lebendgewicht.

Vom Fettmarkt.

In Butter sind die Zufuhren nach wie vor knapp und die Preise enorm hoch. In Margarine ist die Nachfrage lebhaft, da die Fabriken die Preise herabgesetzt haben. In Schmalz ist ebenfalls gute Nachfrage und die etwas in die Höhe gegangenen Preise scheinen wieder zum Stillstand gekommen zu sein. Newyork notierte prima Western am 9. Februar mit 12,67½ Dollar, am 8. Februar mit 12.70 Dollar.

Anmeldung ungarischer Kriegsanleihe.

Die Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen macht in Ergänzung der Veröffentlichung vom 15. Januar 1921 (s. Nr. 12 Wirtschafts-Rdsch.) folgende Mitteilungen: Nachträglich ist von Budapest bestätigt worden, daß auch Staatsangehörige solcher Staaten, welche keine Gebietsteile des ehemalgen Ungarn auf Grund des Friedensvertrages erhalten haben, die Möglichkeit besitzen, ihre ungarischen Kriegsanleihe-Stücke unter bestimmten Voraussetzungen nostrifizieren zu lassen. Diese Voraussetzungen sind die folgenden: 1. Die Kriegsanleihe-Stücke müssen in Ungarn hinterlegt sein. 2. Der Eigentümer muß die Stücke entweder a) bei der Emission der Anleihe selber gezeichnet haben und seither zu Eigentum besitzen oder b) vor dem 31. Oktober 1918 erworben oder geerbt haben und daher ständig zu Eigentum besitzen oder endlich c) nach dem 31. Oktober 1918 durch Rechtsgeschäfte oder Erbschaft von solchen Personen oder Firmen erworben bezw. ererbt haben, welche ungarische Staatsbürger bezw. Firmen sind, die seit dem 31. Oktober 1918 ständig auf dem Gebiet Westungarns wohnen, sich ständig aufhalten oder ihren Sitz daselbst haben. Der Schutzvereinigung ist es bisher noch nicht gelungen, einwandfreie Nachrichten über die Formalitäten zu erhalten, welche bei der Einreichung des Nostrifizierungsgesuches zu erfüllen sind, wie z. B. Nachweis des Eigentums, der Dauer des Eigentums, der Staatsangehörigkeit usw. Weitere Mitteilungen hierüber bleiben vorbehalten, sobald authentische Nachrichten aus Budapest vorliegen.

Fusion R. Wolf, A.-G. — Maschinenfabrik Buckau.

In der außerordentlichen Generalversammlung der R. Wolf-A.-G. wurde die Angliederung der Maschinenfabrik Buckau genehmigt und beschlossen, zwecks Herbeiführung des Umtausches in dem Verhältnis von 3600 *M* Buckau-Aktien mit Dividende vom 1. Januar 1920 ab zu 8000 *M* Wolf-Aktien mit Dividende vom 1. April 1920 ab das Aktienkapital der R. Wolf-A.-G. um 20 Millionen Mark zu erhöhen. Von dem Tauschangebot haben bereits 54 Prozent der Aktionäre der Maschinenfabrikk Buckau Gebrauch gemacht. Die Ausgabe von 20 Millionen Mark 6proz. Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht fand ebenfalls Genehmigung. In den Aufsichtsrat der R. Wolf-A.-G. wurden aus dem Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Buckau gewählt: Kommerzienrat Morgenstern-Magdeburg, Bankdirektor Konsul Bomke-Magdeburg, Rentner Loebe-Magdeburg, Direktor Müller (Grube Ilse), Dr. Richard Freund im Haag und Generaldirektor Rudolf Möllenburg-Berlin. Die Aussichten wurden als günstig bezeichnet.

Stuten-Körung
für den Pferdezuchtverband der Provinz Sachsen.

Die diesjährige Ankörung der Stuten für die Mitglieder der Pferdezuchtgenossenschaften und Einzelzüchter im Kreise sowie für diejenigen Züchter, welche beabsichtigen, Mitglied des Verbandes zu werden, findet für den östlichen Teil des Kreises Merseburg statt am **14. Februar ds. Js.**

9 Uhr vormittags in Schladebach (Domäne),
2 Uhr 30 nachmittags in Lützen (am Markt)

am 15. Februar

9 Uhr vormittags in Wallendorf (Schmiede),
2 Uhr 30 nachmittags in Klein-Liebenau (Dorfplatz).

Die Anmeldung zur Mitgliedschaft kann bei der Körung erfolgen.

Wir bitten dringend, die anzukörenden Stuten rechtzeitig an bezeichneter Stelle vorführen zu lassen.

Nähere Auskunft erteilt auf Wunsch
der Schriftführer der Körkommission für den Kreis Merseburg
Dr. Böhner, Naumburg, Kirschberg 6.

Grudekoks

darf von jetzt ab bis auf weiteres von den Kohlenhändlern **ohne Anrechnung auf die Kohlenkarte** abgegeben werden.

Merseburg, 6. Feb. 1921
Der Magistrat.
L.-A. II. 3086/20.

Jagdverpachtung.

Die Jagd in der Flur **Rodden** soll
Sonnabend, 5. März nachmittags 3 Uhr
im hiesigen Gasthofe auf 6 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Das Revier, zirka 700 preußische Morgen groß, ist in 30 Minuten von Station Großlehna [Leipzig-Corbetha] zu erreichen.
Bedingungen können vorher bei mir eingesehen werden.

Rodden, 10. Febr. 1921.
Der Gemeindevorsteher.

Nähmaschinen aller Systeme
repariert schnell und gut
L. Albrecht, Halleschestr. 19b

Ernst Ruthes
Tuch-Handlung
Herren-Schneiderei
Gotthardistraße 16.
Münchener Lodenmäntel
Continental-Gummimäntel
Fertige Sommer-Paletots aus Covercoat.

Wernigerode a. Harz.

Schön gelegene
3 Familien-Villa
z. verkaufen. Preis 160,0.0. 8 Zimmer frei wenn in Merseburg 8 Zimmer in Tausch gegeben werden.
Adolf Günther,
Wernigerode Kreuzberg 3
Telefon 507.

Bettnässen Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeb. Ausk. umsonst. Versandh. Hofmann Fürth in Bayern Weiherstr. 8.

Dienstmädchen erhält,
wer die **Unstrut-Zeitung Laucha**
zur Insertion benutzt.

Wir suchen zur intensiven Bezirksbearbeitung
erste Akquisitationskraft
Eingeführte, renomierte Firmen bevorzugt.
„**Helios**"
Mitteldeutsches Reklame-Institut Frankfurt a. M
Stiftstr. (Hansa-Haus).

Grosse
Geld-Lotterie
zu Gunsten der
Kriegsgefangenen-Heimkehr
Ziehung: **23. Februar bis 1. März**
26670 Gewinne
zusammen
1000000 Mk.
Haupt-Gew. **M. 250 000**
„ **M. 100 000**
„ **M. 50 000**
usw.
Lose zum amtlichen Preise von M. 6.—, für Porto inkl. Liste M. 1.—. 10 Lose sortiert M. 60.— versendet
Lotterie-Geschäft
R. Oberländer
Altona, Gr. Bergstraße 140.
Hamburg 4, Seilerstraße.

Für mein Zigarren-Engrosgeschäft mit Fabrikniederlage suche gut eingeführte
rührige Vertreter
zum Besuche von Gastwirten, Kolonialwaren- und Spezialgeschäften sowie für Privatkundschaft gegen hohe Provision.
Hermann Aureden,
Magdeburg, Kutscherstraße 2.

60 halbjähr. Hammel
20 ält. Mutterschafe
stehen zum Verkauf,
auch werden selbige einzeln abgegeben.
Rittergut Dölkau bei Schkeuditz.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 13. Februar 1921. (Invokavit.)
Gesammelt wird eine Kollekte für das Siechenhaus „Johannisstift" in Cracau.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: **Diakonus Wuttke.**
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 5 Uhr: Pastor Rentzsch.
Vorm. ½9 Uhr: **Gottesdienst für Taubstumme** in der Herberge zur Heimat.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Passionsbibelstunde in der Herberge zur Heimat. **Diakonus Wuttke.**

Stadt. Vorm. 10 Uhr: **Pastor Werther. An der Geisel 5.**
Vorm. 11 Uhr: **Kindergottesdienst. Pastor Riem. An der Geisel 5.**

Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr: Versammlung. An der Geisel 5. — Pastor Werther.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde. An der** Geisel 5. — Pastor Werther.

Evang. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag, abends 8 Uhr: Chor-Gesangs-Uebung An der Geisel 5. — Lehrer Busch.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Versammlung. An der Geisel 5. — Pastor Riem.

Evang. Frauenhilfe St. Maximi.
Donnerstag, nachm. 4 Uhr: — An der Geisel 5. — Frau Pastor Werther.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Mittwoch, nachm. 4 Uhr: **Frauenhilfe.** Unteraltenburg 36.
Betrifft: Evangelische Schulgemeinde.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Leseabend.** Unteraltenburg 36.

Meuschau. Vorm. 8 Uhr: **Pastor Kratzenstein.**

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Voit.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag, abends 8 Uhr: Versammlung der konfirmierten Söhne im Pfarrhause.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.**

Landeskirchliche Gemeinschaft. Bibelbesprechstunde jeden Mittwoch, abends 8 Uhr: Karlstraße 4, Hof, eine Treppe.

Christliche Gemeinschaft. Blanckestraße 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 13. Februar 1921.

Früh ½7 Uhr: Beichte.
½8 Uhr: Frühmesse.
½10 Uhr: Hochamt.
Nachm. 2 Uhr: Andacht.
Sonnabends, abends von 5 Uhr an Beichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210211-16/fragment/page=0006